

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen Wirtschaft
2015 – 2019**

Vertrauen in den Wirtschaftsstandort stärken

SPERRFRIST: Mittwoch, 22. Juli 2015, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2019

Vertrauen in den Wirtschaftsstandort stärken

Jahresmodell LIMA/05

Die ökonometrischen Modellprognosen werden von einer
Arbeitsgruppe der Abteilung Ökonomie und
Finanzwirtschaft erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Robert M. Kunst
Simon Loretz
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:**Helmut Hofer**

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Barbara Herbst

Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: barbara.herbst@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	5
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	6/7/8
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	9
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	9
2.2 Länderprognosen	11
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	19
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT	20
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	22
Abbildung: Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial	23
Abbildung: Produktionslücke	24
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	25
Abbildung: Privater Konsum und Investitionen	25
Abbildung: Inflationsrate: Österreich und Euroraum	31
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	31
5. DIE MITTEL- UND LANGFRISTIGEN MAKROÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN DER STEUERREFORM	34
Texttabelle: Makroökonomische Auswirkungen der Steuerreform	36
6. MONETÄRE PROGNOSE	38
Texttabelle: Leitzinsen	38
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	40
TABELLENANHANG	41

Vertrauen in den Wirtschaftsstandort stärken

Nach einer kurzen Aufschwungphase im Anschluss an die „große Rezession“ wächst die österreichische Wirtschaft nur sehr langsam. Mit der Erholung der internationalen Konjunktur sollte sich die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum aber wieder stärker beleben. Das Institut erwartet für den Zeitraum 2015 bis 2019 ein durchschnittliches Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft von 1.6 %. Dieses verhaltene Tempo reicht aber nicht aus, um die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Mit 8 $\frac{3}{4}$ % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition auf einem sehr hohen Niveau. Das Ziel eines annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalts wird voraussichtlich erst am Ende des Prognosezeitraums erreicht. Die Steuerreform senkt die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit. Notwendig sind aber weitere Reformschritte im öffentlichen Sektor zur Stärkung des Wachstumspotenzials der österreichischen Wirtschaft.

1. Einleitung und Zusammenfassung

Im Vorjahr hat die Wirtschaft des Euroraums die Rezessionsphase überwunden. Die Erholung sollte sich im Prognosezeitraum weiter festigen. Vom verbesserten internationalen Umfeld gehen positive Impulse auf die österreichische Volkswirtschaft aus. Somit erwartet das Institut für den Zeitraum 2015 bis 2019 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Österreich von durchschnittlich 1.6 % pro Jahr. Im Vergleich zur mittelfristigen Prognose im Vorjahr wurde das erwartete Wachstumstempo um rund $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt zurückgenommen. Die mittelfristige Vorausschau übernimmt traditionellerweise die Werte der Juni-Prognose für die ersten beiden Jahre und erweitert den Prognosehorizont um drei Jahre. Ausgehend von 0.7 % und 1.8 % in den Jahren 2015 und 2016 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von gut 1 $\frac{3}{4}$ %, wobei der Konjunkturröhepunkt mit 1.9 % im Jahr 2017 erreicht werden dürfte. Mit 1.6 % fällt das Wachstum um rund 0.4 Prozentpunkte kräftiger als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre aus, bleibt allerdings geringfügig hinter dem im Euroraum zurück (1.8 %).

Die mittelfristige Prognose beruht auf einer Schätzung des Produktionspotenzials der österreichischen Wirtschaft. Dabei handelt es sich um die bei Normalauslastung der Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt erreichbare Produktion. Im Zuge der schwachen Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen Jahren hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials abgeschwächt und im Jahr 2014 nach Einschätzung des Instituts 1 % betragen. Vor allem der Kapitalstock und der technische Fortschritt entwickelten sich schwach. Bis zum Ende des Prognosezeitraums sollte sich das Potenzialwachstum auf 1 $\frac{1}{2}$ % beschleunigen. Ausgehend von einer negativen Produktionslücke von 1 $\frac{1}{2}$ % im Jahr 2014 sollte sich die Lücke bis zum Ende des Prognosezeitraums schließen, da die Wirtschaftsleistung etwas schneller als das Produktionspotenzial wächst.

Der Prognose liegt die Annahme einer moderaten Belebung der Weltkonjunktur zugrunde. Im Gegensatz zur jüngeren Vergangenheit tragen im Prognosezeitraum die Industrieländer das Wachstum. Die Dynamik in den Schwellenländern wird sich dagegen abschwächen. Die US-Wirtschaft

befindet sich weiter auf einem stabilen Wachstumspfad und sollte im Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum von $2\frac{1}{2}\%$ erzielen. Das Institut geht davon aus, dass sich im Euroraum der Wirtschaftsaufschwung weiter festigt und ein durchschnittliches Wachstum von $1\frac{3}{4}\%$ erzielt wird. Weiterhin dynamisch entwickelt sich dabei die deutsche Wirtschaft, aber auch die Peripheriestaaten kehren auf einen moderaten Wachstumskurs zurück. In China dürfte sich die Tendenz zur Verlangsamung des Wachstums fortsetzen ($6\frac{1}{4}\%$). Im Vergleich zur letztjährigen mittelfristigen Vorschau sollte die europäische Wirtschaft von einem niedrigeren Ölpreis und einem schwächeren Euro-Dollar-Wechselkurs profitieren. Das Institut geht von einem durchschnittlichen Rohölpreis von 70 US-Dollar je Barrel aus. Hinsichtlich des Euro-Dollar-Wechselkurses wird ein Wert von 1.10 unterstellt.

Mit der Länge des Prognosezeitraums steigen die Prognoseunsicherheiten. Die Weltwirtschaft bleibt anfällig für Störungen durch geopolitische Entwicklungen und Turbulenzen an den Finanzmärkten. Eine Verschärfung der politischen Krisen (Russland-Ukraine, Syrien, Irak) könnte die Entwicklung des Welthandels bremsen und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Die konjunkturellen Auswirkungen eines Staatsbankrotts Griechenlands auf die übrigen Euroländer werden aufgrund der institutionellen Reformen (etwa Bankenunion) als eher gering eingeschätzt. Allerdings würde ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten erhöhen und könnte die Erholung in den Peripheriestaaten wegen höherer Risikoaufschläge belasten. Die expansive Geldpolitik der EZB hat die Deflationsgefahr im Euroraum abgewendet, könnte aber mittelfristig zu Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten führen. Der Ausstieg der US-Notenbank aus der Niedrigzinspolitik könnte Verwerfungen auf den internationalen Devisen- und Finanzmärkten auslösen, insbesondere wenn er sehr rasch erfolgt. Daneben bestehen auch noch spezifische Risiken für die Wirtschaftsentwicklung in Österreich. Im Vorjahr ergab sich erstmals seit längerer Zeit ein negatives Wachstumsdifferenzial zum Euroraum-Durchschnitt. Dies dürfte sich im heurigen Jahr fortsetzen. Es besteht das Risiko, dass sich in Österreich trotz verbesserter internationaler Konjunktur die Stimmung der Wirtschaftsakteure nicht bessert und weiterhin wenig investiert wird. Hierbei ist auch zu beachten, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Euroraum in den letzten Jahren verschlechtert hat. Bei einer anhaltenden Investitionszurückhaltung würde der Kapitalstock der österreichischen Wirtschaft kaum ausgeweitet, was das Produktionspotenzial belasten würde. Dem gegenüber stehen aber auch gewisse Aufwärtsrisiken. Die positive Entwicklung im Euroraum könnte die Stimmung in Österreich verbessern und damit die Nachfrage erhöhen. Zudem könnte die erzielte Einigung mit dem Iran die Ölpreise niedrig halten oder sogar noch weiter drücken.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der private Konsum in Österreich nur verhalten entwickelt (0.6%). Dies resultierte primär aus der schwachen Dynamik der verfügbaren Einkommen (niedrige Kapitaleinkommen, kalte Progression). Dieser Effekt wurde zum Teil dadurch abgefedert, dass die Haushalte ihre Sparquote deutlich reduziert haben. Die Steuerreform und die verbesserte Konjunkturlage stützen im Prognosezeitraum die Kaufkraft. Die private Konsumnachfrage dürfte daher wieder stärker anziehen (1.3%). Die positive Entwicklung der Realeinkommen ermöglicht gleichzeitig einen Anstieg der Sparquote. Diese sollte am Ende des Prognosezeitraums $9\frac{3}{4}\%$ betragen.

Die letzten Jahre waren durch eine markante Investitionszurückhaltung geprägt. Mit der Festigung der Konjunktur im Euroraum und den damit verbesserten Exportchancen sollte sich auch die Investitionstätigkeit in Österreich wieder beleben. Dazu dürften auch die niedrigen Finan-

zierungskosten und der steigende Bedarf an Ersatzinvestitionen beitragen. Die Anlageinvestitionen sollten im Prognosezeitraum um knapp 2 % pro Jahr wachsen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden dabei mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2 ½ % deutlich schneller als die Bauinvestitionen (1 %) zulegen.

Von der internationalen Konjunkturbelebung strahlen positive Impulse auf die österreichische Außenwirtschaft aus. Unterstützend sollte auch der schwächere Euro-Dollar-Wechselkurs wirken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtexporte von 4 ½ %, wobei die Warenexporte etwas kräftiger steigen (knapp 5 %). Die Wachstumsraten werden damit aber nicht mehr die Werte vor der Krise erreichen. Die Importe wachsen mit demselben Tempo wie die Exporte (4 ½ %), gestützt werden sie durch die anziehende Binnen nachfrage. Im Einklang mit der Tendenz zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum geht vom Außenhandel im Prognosezeitraum nur mehr ein geringer positiver Wachstumsbeitrag aus.

Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1 ¾ % erwartet das Institut eine moderate Teuerung im Prognosezeitraum. Dabei wird unterstellt, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen keine preistreibenden Impulse ausgehen. Auch von der Entwicklung der heimischen Lohnstückkosten ist vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit kein besonderer Preisdruck zu erwarten. Überlegenswert sind aber verstärkte Anstrengungen zum Abbau des hohen Inflationsdifferenzials zu den Haupthandelspartnern im Euroraum.

Die anhaltende Wachstumsschwäche hat in Kombination mit dem kräftig gestiegenen Arbeitskräfteangebot zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Mit einer Quote laut nationaler Definition von gut 9 % wird bereits in diesem Jahr ein historischer Höchststand verzeichnet. Im Einklang mit der verbesserten Konjunktursituation sollte die Beschäftigungsnachfrage im Prognosezeitraum um knapp 1 % pro Jahr zulegen. Da das Arbeitskräfteangebot aber weiterhin ansteigt, dürfte die Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum in etwa stagnieren. Für das Jahr 2019 wird gegenwärtig eine Arbeitslosenquote von 8 ¾ % erwartet. Laut Eurostat-Definition wird die Quote dann 5 ½ % betragen.

Die Steuerreform und die Anstrengungen, einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt zu erzielen, prägen die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Das Ziel eines strukturellen Null-Defizits wird vom Institut ausdrücklich begrüßt. Gegeben die gegenwärtig vorliegenden Informationen, geht das Institut aber davon aus, dass dieses Ziel erst gegen Ende des Prognosezeitraums erreicht wird. Beim Budget bestehen beträchtliche Prognoserisiken (z.B. hinsichtlich allfälliger notwendiger zusätzlicher Mittel für die Banken sowie der Unsicherheit über die zeitliche Wirkung der Steuerreform).

Die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit im Rahmen der Steuerreform ist aus Sicht des Instituts sehr positiv zu bewerten. Allerdings müssen diesem Schritt weitere Reformen zur Verbesserung der Qualität des Wirtschaftsstandortes folgen. Dazu ist eine stärkere Gewichtung der produktiven staatlichen Investitionsausgaben (etwa für Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung) im Budget notwendig. Zur Finanzierung sind Reformen bei den konsumtiven Staatsausgaben (Verwaltung, Pensionen, Subventionen) sowie eine anreizkompatiblere Ausgestaltung des Finanzausgleichs angeraten. Weiters ist eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden erforderlich. Dies sollte das Vertrauen internationaler Investoren erhalten und damit auch zukünftig im interna-

tionalen Vergleich günstige Refinanzierungskonditionen sichern sowie Spielraum für das Wirken automatischer Stabilisatoren schaffen.

In einem Spezialkapitel der Prognose werden die mittel- und langfristigen makroökonomischen Wirkungen der Steuerreform untersucht, wobei konjunkturelle Effekte völlig ausgeblendet werden. Diese Bewertung erfolgt anhand von TaxLab, dem dynamischen Gleichgewichtsmodells des IHS. In der Simulation wurden die Tarifreform sowie der Großteil der Gegenfinanzierungsmaßnahmen berücksichtigt. Die Tarifreform reduziert den Steuerkeil auf dem Faktor Arbeit, hingegen verringert die Gegenfinanzierung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Anreize, Arbeit verstärkt anzubieten bzw. die Suchanstrengungen bei Arbeitslosigkeit zu erhöhen, steigen durch die höheren Nettolöhne. Ein Teil der Steuerentlastung wird im Rahmen der Lohnverhandlungen auf die Arbeitgeber überwälzt. Dies senkt die Arbeitskosten und erhöht somit die Beschäftigungsnachfrage. Langfristig steigt das Arbeitsvolumen und die Arbeitslosenquote fällt um 0.3 Prozentpunkte. Ausgehend von der steigenden Beschäftigung zieht auch die Investitionstätigkeit an und das Bruttoinlandsprodukt steigt mittelfristig um $\frac{2}{3}$ % bzw. langfristig um 1 %.

Wichtige Prognoseergebnisse

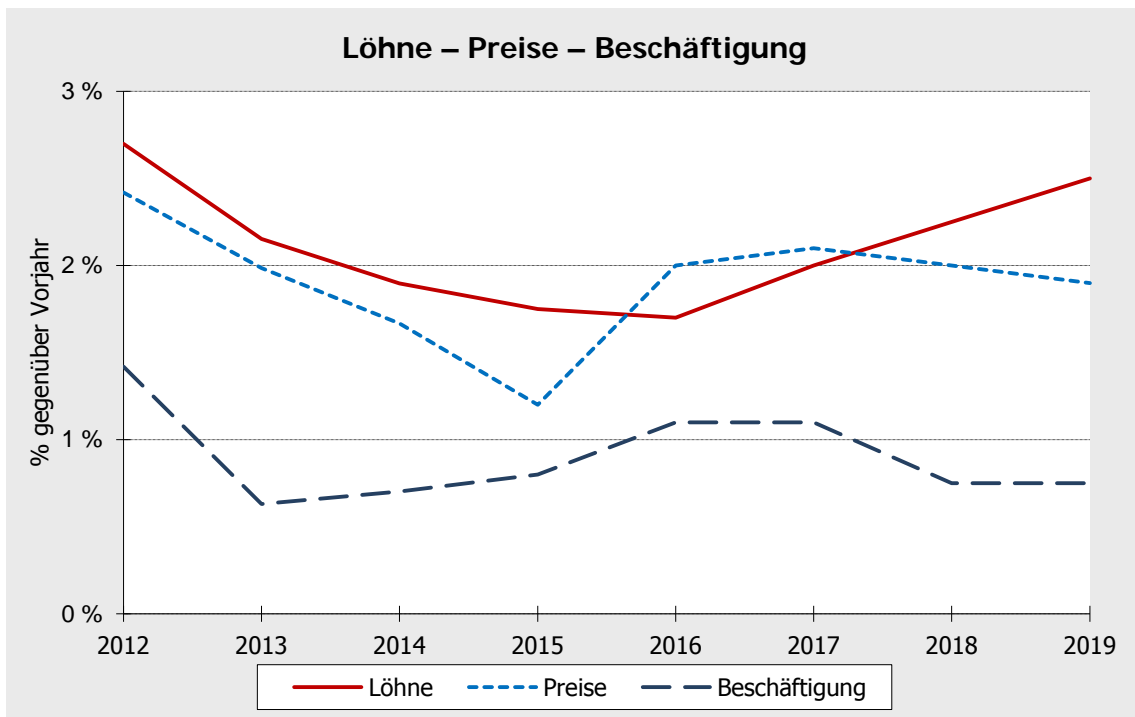
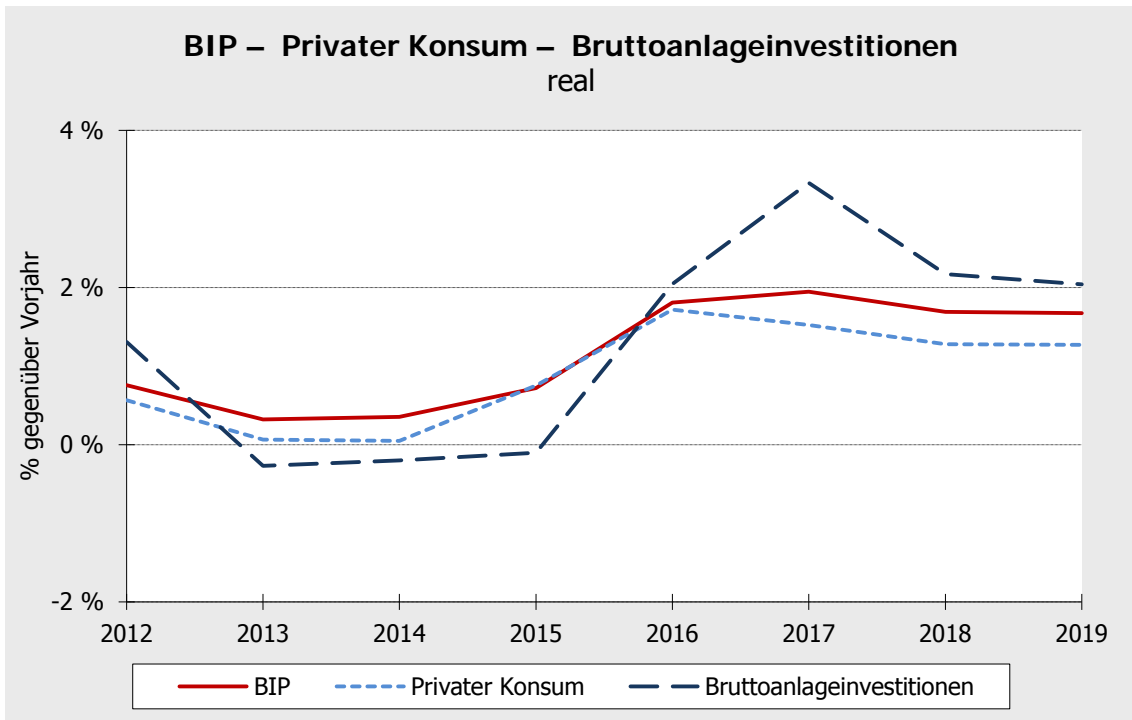
Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2005-2009	2010-2014	2015-2019
Bruttoinlandsprodukt, real	1.3	1.2	1.6
Privater Konsum, real	1.3	0.6	1.3
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.2	1.0	2.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0.1	1.0	1.9
Ausrustungsinvestitionen, real	1.5	2.6	2.5
Bauinvestitionen, real	-1.7	-0.6	1.1
Inlandsnachfrage, real	1.1	0.8	1.4
Exporte i.w.S., real	1.3	4.8	4.6
Waren, real (laut VGR)	0.5	5.5	4.9
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.1	0.3	0.8
Importe i.w.S., real	0.9	4.0	4.6
Waren, real (laut VGR)	1.0	3.7	4.7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.9	-1.6	0.9
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	1.1	0.9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.7	7.3	9.0
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	5.0	5.1	5.7
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.7	2.0	2.0
Preisindex des BIP	1.9	1.7	1.7
Verbraucherpreisindex	1.9	2.2	1.8
3-Monats-Euribor ^{*)}	3.1	0.6	0.6
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	3.9	2.4	1.7

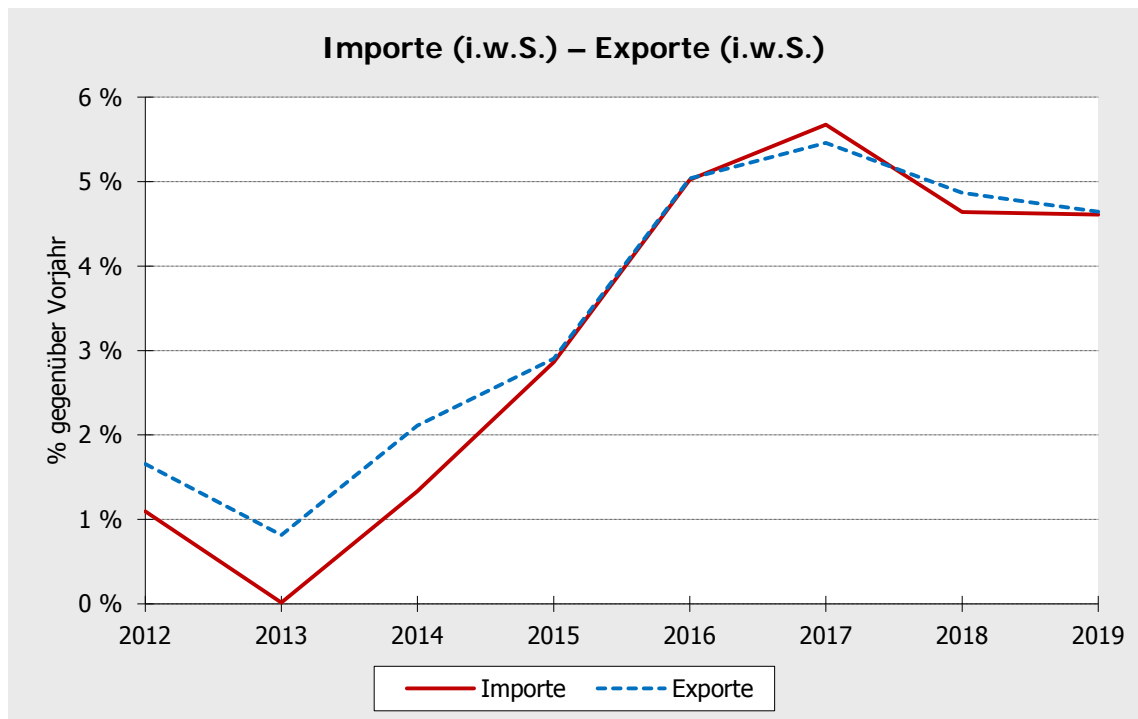
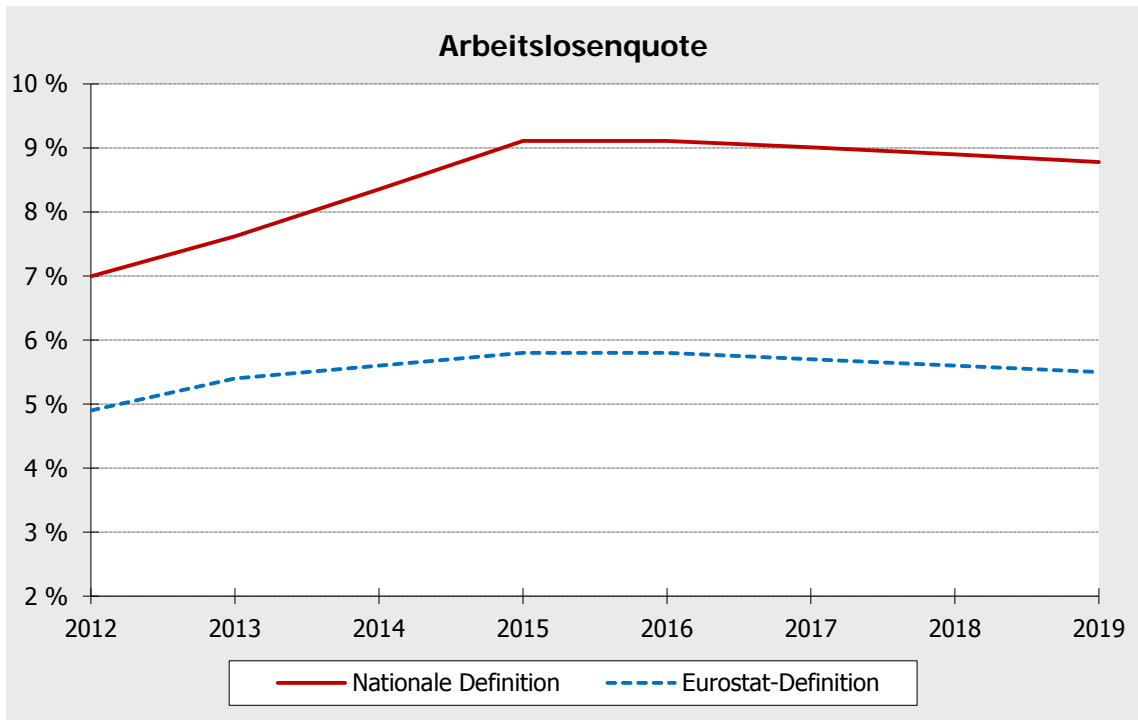
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

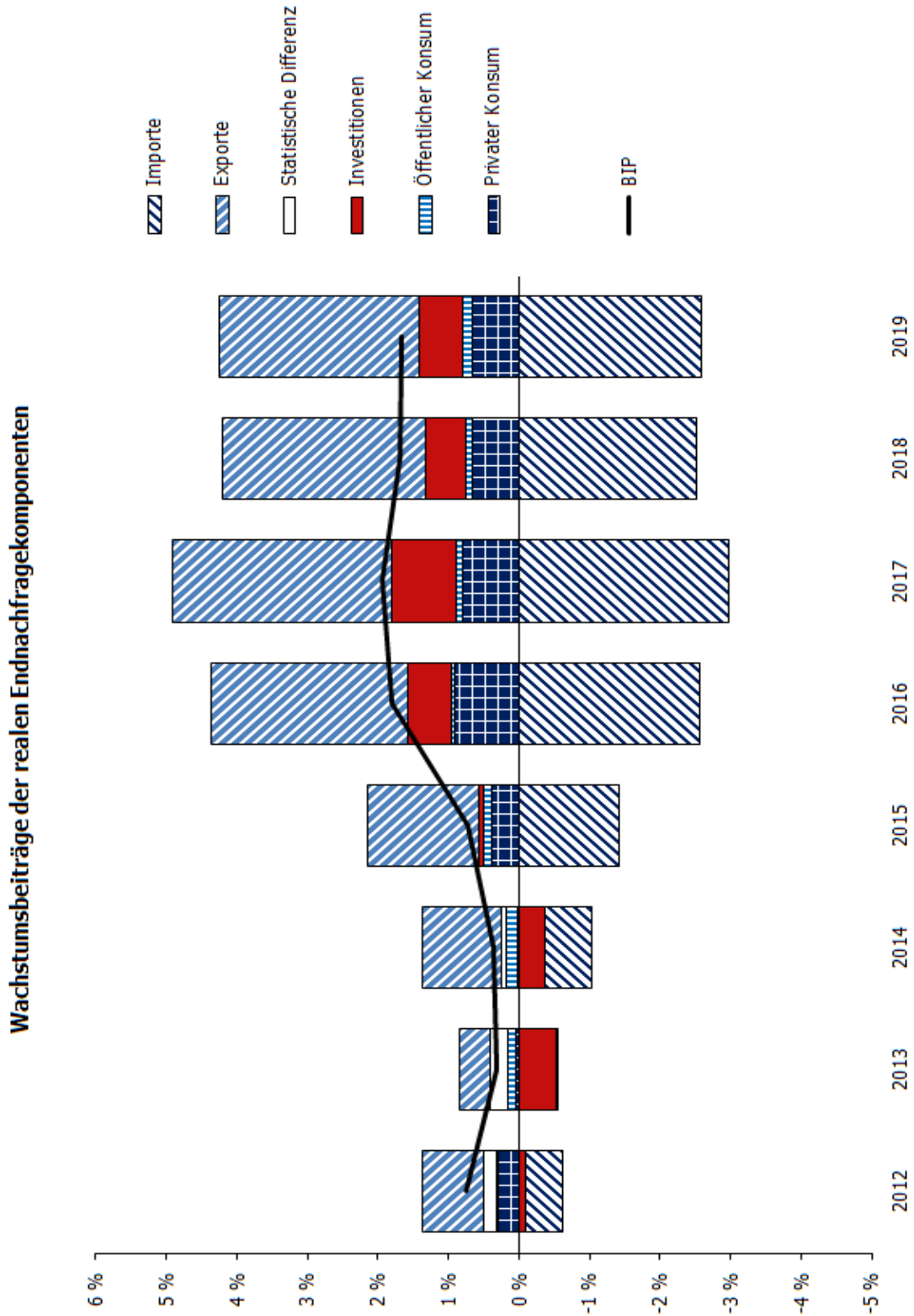
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

In den Jahren 2010 bis 2014 wuchs die Weltwirtschaft um 3.8 %. Nach der „großen Rezession“ hat sich 2010 die Weltwirtschaft rasch erholt. Wachstumsimpulse kamen vorwiegend aus den Schwellenländern, und die staatlichen Stimulierungsmaßnahmen, die expansive Geldpolitik und die moderate Preisentwicklung wirkten stabilisierend. Die nachfolgende globale Wachstumsverlangsamung wurde durch die Staatsschuldenkrise im Euroraum und die weltweit schwache Investitionsbereitschaft verschärft. In der Güterverarbeitenden Industrie war das mangelnde Vertrauen der Unternehmer am stärksten ausgeprägt. Die notwendigen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen in den hochverschuldeten Staaten dämpften die globale Nachfrage. So verzeichneten die Industrieländer eine deutliche Verlangsamung in der konjunkturellen Entwicklung, die sich auf die Schwellenländer übertrug. Im Jahr 2013 konnte die relativ gute Konjunktur in den USA, im Vereinigten Königreich und in Japan die wirtschaftliche Schwäche im Euroraum und in den Schwellenländern zum Teil abfedern. Im Jahr 2014 entwickelte sich die Konjunktur der Weltwirtschaft erneut verhalten. Fallende Rohstoffpreise beeinträchtigten die Wirtschaftsentwicklung in Lateinamerika, in China setzte eine Abkühlung am Immobiliensektor sowie in der Güterverarbeitenden Industrie ein. Die Russland-Ukraine-Krise dämpfte das Vertrauen der Haushalte und Unternehmer in Europa. Starke Wachstumsimpulse kamen hingegen aus Nordamerika und dem Vereinigten Königreich. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar stützte die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum.

Im Prognosezeitraum dürfte die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 3.7 % wachsen. Im Jahr 2015 sollte sich die Investitionstätigkeit wieder verbessern und so den globalen Handel stärken. Nach einer rückläufigen Entwicklung im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre werden laut UNCTAD die Direktinvestitionen weltweit wieder anziehen, wobei der Zuwachs in den Industrieländern am stärksten ausfallen könnte. In den kommenden Jahren wird sich die Wirtschaft im Euroraum voraussichtlich dynamischer als in den vergangenen fünf Jahren entwickeln. Die Wachstumsabschwächung in China könnte hingegen die globale Konjunktur bremsen, denn der Anteil Chinas am globalen BIP beträgt inzwischen 16 %.

Das Institut geht davon aus, dass in den Industrieländern der Expansionsgrad der Geldpolitik nur langsam zurückgeführt wird. Im Euroraum wird die Fiskalpolitik im Vergleich zu den vergangenen Jahren weniger restriktiv ausfallen. Weiterhin bestehen politische Risiken (Russland-Ukraine-Krise, Irak), die den Welthandel verlangsamen oder zu einem Anstieg der Energiepreise führen könnten. Die expansive Geldpolitik der EZB könnte mittelfristig zu Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten führen. Der Ausstieg der US-Notenbank aus der Niedrigzinspolitik könnte Verwerfungen auf den internationalen Devisen- und Finanzmärkten auslösen. Ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion würde ebenfalls die Unsicherheit erhöhen.

Nachdem der Erdölpreis (Brent) im Zeitraum 2010 bis 2014 im Durchschnitt 102.4 US-Dollar pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein durchschnittlicher Preis von 69.8 US-Dollar zugrunde gelegt. Angesichts einer effizienteren Nutzung sollte der Zuwachs in der Nachfrage nach Erdöl in den kommenden Jahren langsamer als in den vergangenen Aufschwungphasen ausfallen. Das Institut geht von einem durchschnittlichen Euro-Dollar-Wechselkurs von 1.10 US-Dollar aus.

Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer dürfte im Zeitraum 2015 bis 2019 durchschnittlich 2.4 % betragen, nach 1.9 % in den vergangenen fünf Jahren. Für die Schwellenländer fallen im historischen Vergleich die Wachstumsaussichten für die kommenden fünf Jahre gedämpft aus. Die Wirtschaft Asiens (ohne Japan) wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7.6 %. Nach einem rasanten Aufschwung im Jahr 2010 setzte in der Region 2011 eine leichte Abkühlung ein und dieser Trend hielt bis 2014 an. Im Prognosezeitraum dürfte das Wirtschaftswachstum in Asien (ohne Japan) durchschnittlich 6.5 % betragen. Zwischen 2010 und 2014 ist die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 3.7 % gewachsen. Dem Aufschwung im Jahr 2010 folgte eine konjunkturelle Abschwächung in der Region. Im Jahr 2015 dürfte jedoch der Tiefpunkt erreicht worden sein, womit in den folgenden Jahren mit einer allmählichen Verbesserung der Wirtschaftslage zu rechnen ist. Somit könnte im Prognosezeitraum das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika im Jahresdurchschnitt 2.3 % betragen.

In den vergangenen fünf Jahren nahm die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 0.7 % pro Jahr zu. Nach einer kurzen Aufschwungphase setzte 2012 erneut eine Abkühlung ein, die auf Länderebene mit einer unterschiedlichen Stärke auftrat. Die südeuropäischen Länder litten unter ihren strukturellen Problemen. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit erforderte drastische gesamtwirtschaftliche Anpassungen, die auf die Nachfrage dämpfend wirkten. Die notwendig gewordenen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen belasteten zusätzlich die Konjunktur. Dass die Gesamtentwicklung im Euroraum nicht noch schlechter ausfiel, ging auf die relativ gute Lage der deutschen Wirtschaft zurück. Im Jahr 2014 setzte im Euroraum ein Aufschwung ein, zurückzuführen auf Zuwächse im privaten Konsum und bei den Investitionen. Während sich in Spanien und Portugal die Wirtschaftsbedingungen deutlich verbessert haben, sank die Wirtschaftsleistung in Italien noch, in Frankreich stagnierte die Konjunktur. Insbesondere aufgrund der gesunkenen Energiepreise hat sich die Inflation im Euroraum deutlich abgeschwächt. Die Europäische Zentralbank hat wegen der Deflationsgefahr im September 2014 den Leitzinssatz auf 0.05 % gesenkt und im Jänner 2015 ihr bestehendes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten ausgeweitet.

Seit dem Vorjahr verbessert sich die Wirtschaftslage im Euroraum. In Deutschland bleibt die Konjunktur robust, in Italien endete die Rezession und in Frankreich verstärkt sich die Wachstumsdynamik. Derzeit gehen konjunkturbelebende Effekte von den niedrigen Rohstoffpreisen und vom Euro-Dollar-Wechselkurs aus, aber auch vom Stimulierungsprogramm der EZB, das im März 2015 begann und bis September 2016 den Ankauf von Wertpapieren in Höhe von monatlich 60 Mrd. Euro vorsieht. Wegen des Ölpreisverfalls steigt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und verbessert so deren Ausgabenbereitschaft. Aber auch die Investitionstätigkeit könnte sich verstärken, wozu die „Investitionsoffensive im Euroraum“ ihren Beitrag leisten könnte. Die Exporte werden deutlich zunehmen. Wegen des Wegfalls des Energiepreiseffekts, des schwächeren Euro und der besseren Konjunktur dürfte die Inflation wieder etwas anziehen und die Zinsen könnten zu steigen beginnen. Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euroraum sollte im Prognosezeitraum 1.8 % betragen. Unsicherheiten gehen weiterhin von der Russland-Ukraine-Krise und der Staatsschuldenkrise in Griechenland aus.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Zeitraum 2010 bis 2014 im Jahresdurchschnitt um 2.2 % gewachsen. Nach der „großen Rezession“ haben umfangreiche Konjunkturpakete und eine expansive Geldpolitik die Nachfrage spürbar belebt. Seit Ende 2008 hat die amerikanische Zentralbank nicht nur die Leitzinsen auf nahezu null reduziert, sondern darüber hinaus eine Politik des *Quantitative Easings* verfolgt, mit deren Hilfe die langfristigen Zinsen nach unten gedrückt wurden. Dies geschah, um Investitionen und Konsum anzukurbeln und die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. 2012 und 2013 stieg die Zuversicht der Konsumenten. Der Immobilienmarkt profitiert von den niedrigen Zinsen und auch die Finanzmärkte verzeichnen einen Aufschwung. Mit der Lockerung der Bedingungen für die Kreditaufnahme bei Banken ist 2014 die Nachfrage der Verbraucher nach Krediten – mit Ausnahme von Hypotheken – gestiegen. Der Aufwind an den Finanzmärkten spiegelte das Vertrauen der Anleger in den zukünftigen Geschäftsverlauf der Wirtschaft wider. Das Budgetdefizit ist mit 2.2 % des BIP auf den niedrigsten Stand seit 2007 gefallen. Aufgrund der soliden Wirtschaftslage und der niedrigen Inflation beschloss die Fed, das Wertpapierankaufprogramm zu beenden. Das Zielband für die *Federal Funds Rate* von 0 % bis 0.25 % blieb jedoch noch unverändert. Begründet wurde diese Haltung mit der noch immer geringen Kapazitätsauslastung und mit Unsicherheiten am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Jahren zwar deutlich gesunken, Probleme könnten jedoch das weniger belebte Arbeitskräfteangebot, die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und die Ungleichheit in der Einkommensverteilung bereiten.

Im Prognosezeitraum sollte das BIP der USA um durchschnittlich 2.5 % zulegen. Im laufenden Jahr dürfte die Nachfrage der privaten Haushalte wesentlich zum Wirtschaftswachstum beitragen, denn der Beschäftigungs- und Einkommenszuwachs sowie die niedrigen Energiepreise erhöhen die Kaufkraft. Vom starken US-Dollar geht hingegen ein dämpfender Effekt auf die Exportwirtschaft aus. Der private Konsum, mit einem Anteil von knapp 70 % an der gesamten Wirtschaftsleistung, wird in den kommenden Jahren robust bleiben. Die Exporte dürften von der Stabilisierung des Wechselkurses und der stärkeren Weltkonjunktur profitieren. Wegen des Wegfalls des Basiseffekts bei den Energiepreisen wird die Inflation wieder anziehen und die Zinsen könnten zu steigen beginnen. Der öffentliche Haushalt wird aufgrund der erwarteten guten konjunkturellen Entwicklung vorerst nicht belastet. Die Verschuldung könnte jedoch durch notwendige Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung mittelfristig steigen.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 1.5 % gewachsen. Der kräftige Wirtschaftsaufschwung 2010 ging primär auf die belebte Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern zurück. Steigende Einkommen sowie staatliche Fördermaßnahmen stützten zudem die Konsumnachfrage. Nach der Naturkatastrophe im März 2011, die zu einem scharfen Einschnitt in der konjunkturellen Entwicklung führte, haben die Maßnahmen zum Wiederaufbau die Inlandsnachfrage belebt. Durch den starken Yen entstand jedoch für die exportorientierten Industrien Japans ein Wettbewerbsnachteil, vor allem gegenüber Südkorea und Deutschland. Die Krise im Euroraum und politische Auseinandersetzungen mit China belasteten die Exportwirtschaft zusätzlich. Im Jahr 2013 wurde das Wirtschaftswachstum vorwiegend von der Binnenkonjunktur getragen und mit der Yen-Abwertung begann sich auch die Lage in der Außenwirtschaft zu stabilisieren. Die *Bank of Japan* verfolgte einen extrem expansiven Kurs und beendete die lang andauernde Deflationsphase. Unterstützend wirkten die wechselkursbedingt hohen Importkosten und die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes.

Im Prognosezeitraum dürfte das japanische BIP um durchschnittlich 0.9 % wachsen. Der Konjunkturaufschwung 2015 wurde von der Auslandsnachfrage eingeleitet, begünstigt durch die Yen-Abwertung gegenüber dem US-Dollar. Die Binnennachfrage entwickelt sich hingegen nach wie vor schwach. Durch den positiven Einfluss der niedrigen Rohöl- und Rohstoffpreise verstärkt sich im Jahresverlauf die Konjunktur. In den kommenden Jahren könnte sich der private Konsum aufgrund von vereinbarten Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft beleben. Trotz der günstigeren Wirtschaftsbedingungen plant die *Bank of Japan* ihre Stimulationsmaßnahmen solange fortzusetzen, bis das Inflationsziel von 2 % erreicht ist. Stimulierungsmaßnahmen (Infrastrukturprojekte und Finanzierungshilfen für Unternehmen) werden auch weiterhin von der öffentlichen Hand vorangetrieben. Strukturreformen sind auch im Unternehmenssektor notwendig, da der Bevölkerungsrückgang eine Steigerung der Produktivität erfordert.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 8.6 % gewachsen. Im Jahr 2010 wurde die konjunkturelle Entwicklung von der hohen Investitionstätigkeit getragen. Die Wachstumsabschwächung 2011 kann primär auf eine straffere Geldpolitik zurückgeführt werden. Die Kreditkosten erhöhten sich und den Banken wurden Quoten für die Kreditvergabe auferlegt. Der Investitionsboom begann sich dadurch abzukühlen. Hinzu kam, dass die steigenden Löhne sowie die Währungsaufwertung der vergangenen Jahre die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft schwächte. Durch höhere Arbeitskosten und Grundstückspreise hat die chinesische Wirtschaft als Standort für ausländische Betriebsansiedlungen an Attraktivität verloren. Im Jahr 2014 geriet der Zufluss von ausländischem Kapital ins Stocken, die chinesischen Investitionen im Ausland nahmen hingegen rasant zu. Im kreditintensiven Hoch- und Tiefbau sowie in der Automobilbranche dämpften die hohen Zinsen die Nachfrage. Die *Bank of China* hat daher ihre Geldpolitik gelockert und die Spannweite, in der sich die nationale Währung zum US-Dollar bewegen kann, vergrößert. Darüber hinaus haben einige Großbanken die Bedingungen für die Kreditvergabe erleichtert.

Am Anfang des Prognosehorizonts verlangsamt sich die Wachstumsdynamik in der Volksrepublik China. Überkapazitäten und steigende Lohnstückkosten in der Industrie, hohe lokale Schulden und der Nachfragerückgang am einst boomenden Immobilienmarkt dämpfen die Konjunktur. Die Exporte entwickeln sich verhalten, denn wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich gebracht. Das Wirtschaftswachstum wird, auch aufgrund der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung, in den kommenden Jahren ein gemäßigteres Tempo einschlagen. Die Urbanisierung und die rasche Expansion der Dienstleistungsbranche werden für Beschäftigung sorgen und die Arbeitslosigkeit niedrig halten. Das langfristige Wachstumsziel der Regierung liegt bei jährlich 6.5 %, wobei auf mehr Nachhaltigkeit abgezielt wird. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 6.2 %. Das Risiko einer harten Landung besteht, wenn sich das Wachstumsmuster der vergangenen Jahre nicht ändert, denn seit der „großen Rezession“ wird die Konjunktur vorwiegend von kreditfinanzierten Investitionen getrieben.

In den Jahren 2010 bis 2014 wuchs die Wirtschaft in **Deutschland** im Durchschnitt um 1.9 %. In der Aufschwungphase 2010 erwies sich Deutschland als konjunkturelles Zugpferd der Wirtschafts- und Währungsunion. Die ausgezeichnete Exportentwicklung war auf die belebte Nachfrage aus den Schwellenländern zurückzuführen. Im Jahr 2011 haben die hohe Kapazitätsauslastung und die

niedrigen Finanzierungskosten zu starken Zuwächsen bei den Ausrüstungsinvestitionen geführt, und auch in der Bauwirtschaft hat sich die Dynamik deutlich verstärkt. Die Erholung des privaten Konsums festigte sich und trug auch zur Belebung der Binnennachfrage bei. Die Wirtschaftsabschwächung 2012 ging primär auf die fehlende Nachfrage aus dem Ausland zurück. Im Jahr 2013 hat sich die Konjunktur weiter abgeschwächt. Die mangelnde Investitionsbereitschaft und die vergleichsweise sehr zögerliche Exportnachfrage bildeten die Gründe dafür. Nach zwei schwachen Jahren verstärkte sich die Konjunktur 2014 wieder. Der intakte Arbeitsmarkt, steigende Einkommen und die moderate Preisentwicklung stützten den privaten Konsum. Die Tarifverdienste legten in den vergangenen Jahren dreimal so stark zu wie die Verbraucherpreise. Dies ermöglichte einen deutlichen Kaufkraftgewinn für die Beschäftigten. Impulse gingen auch vom Immobiliensektor aus, der von den historisch niedrigen Zinsen profitierte. Trotz der geopolitischen Spannungen und der schwachen konjunkturellen Lage im Euroraum hat die deutsche Außenwirtschaft einen Überschuss in Rekordhöhe erzielt.

Derzeit wird die konjunkturelle Entwicklung vom realen Einkommenszuwachs der Haushalte getragen und die zurückliegende Euro-Abwertung stimuliert die Exporte. Angesichts der niedrigen Rohölpreise, des günstigen Wechselkursverhältnisses zum US-Dollar und einer verstärkten Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern dürfte sich das deutsche Exportwachstum in den kommenden Jahren beschleunigen. Der Leistungsbilanzüberschuss wird dabei zunehmen. Steigende Unternehmensgewinne könnten die Investitionsbereitschaft erhöhen. Die Bauwirtschaft sollte weiterhin von den niedrigen Zinsen profitieren. Die deutsche Wirtschaft wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.6 % pro Jahr zulegen. Die Preise dürften wieder stärker steigen. Vom Mindestlohn und der Pensionserhöhung könnten kurzfristig positive Nachfrageeffekte ausgehen. Mittelfristig könnten allerdings die abschlagsfreie Rente ab 63 und der Mindestlohn den Arbeitsmarkt belasten. Der Haushaltsüberschuss wird sich durch wachstumsfördernde Staatsausgaben in den Bereichen Bildung, Steuerentlastung und öffentliche Infrastruktur voraussichtlich verringern.

In den Jahren 2010 bis 2014 ist in **Italien** die Wirtschaftsleistung um durchschnittlich 0.5 % zurückgegangen. Nach einem Aufschwung 2010 schwächte sich die Konjunktur 2011 wieder beträchtlich ab und 2012 setzte eine Rezession ein. Mit der Herabstufung der Kreditwürdigkeit stiegen die Finanzierungskosten, was den Abbau der Staatsschulden und die Kreditaufnahme erschwerte. Wegen der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen gingen die Ausgaben der öffentlichen Hand zurück. Einen starken Wachstumseinbruch verzeichnete daher die von öffentlichen Aufträgen abhängige Bauindustrie. Auch in der Privatwirtschaft sank die Investitionstätigkeit nicht nur wegen der hohen Finanzierungskosten, sondern auch wegen der gedämpften Gewinnaussichten. Im Jahr 2014 hat sich die Rezession verlangsamt abgeschwächt. Positive Wachstumsimpulse kamen von der Außenwirtschaft. Der private Konsum nahm leicht zu und die Investitionen gingen nicht mehr so stark zurück wie im Vorjahr. Der Rückgang der Inlandsnachfrage schwächte sich ab.

Anfang 2015 endete die Rezession in der italienischen Wirtschaft und im Jahresverlauf verstärkte sich die Konjunktur zunehmend. Vom schwachen Euro und dem niedrigen Ölpreis gehen positive Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus. Die Kreditnachfrage wird laut *Bank of Italy* vom Stimulierungsprogramm der EZB angetrieben. Zusätzlich stützt der eingeleitete Reformprozess die Wirtschaftsentwicklung. Der Budgetplan der italienischen Regierung sieht Steuersenkungen für Unternehmen und Personen mit niedrigen Einkommen vor. Es ist zu erwarten, dass diese Maßnahmen in den kommenden Jahren den privaten Konsum stützen und die Investitionstätigkeit verstär-

ken werden. Das BIP wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.1 % pro Jahr wachsen. Die Verbraucherpreise werden wieder zu steigen beginnen. Die Arbeitslosenquote bleibt auf ihrem hohen Niveau. Die vorrangigen Ziele der Regierung sind die Umsetzung von Arbeitsmarktreformen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Notwendig ist aber auch eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung.

Im Zeitraum 2010 bis 2014 betrug das Wachstum der Wirtschaft in **Frankreich** im Durchschnitt 1.0 %. In den Jahren 2010 und 2011 belebte sich die Inlandsnachfrage und kräftige Impulse kamen auch von der Außenwirtschaft. Im Jahr 2012 schwächten jedoch die Einkommensentwicklung und die sinkende Beschäftigung den Konsum. Die Investitionstätigkeit litt unter den Sparprogrammen der Regierung und unter der hohen Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung. Erst im Jahr 2014 gab es in Frankreich erste Anzeichen für eine mäßige Konjunkturbelebung. Die Ausrüstungsinvestitionen legten wieder zu. Ein leichter Aufwind machte sich auch in der Exportwirtschaft bemerkbar, denn die Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit begannen allmählich den Sektor zu stärken.

Nachdem in den vergangenen Jahren Steuererhöhungen die Binnennachfrage gedämpft haben und der starke Euro die Exporte schwächte, dürften derzeit von der Ölpreis- und der Wechselkursentwicklung sowie vom Stimulierungsprogramm der EZB positive Impulse ausgehen. Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen könnten sich wieder beleben. Aufgrund der zu erwartenden Festigung der konjunkturellen Lage in den Nachbarländern wird sich die Exportdynamik in der französischen Wirtschaft verstärken. Auch die Nachfrage der privaten Haushalte dürfte deutlich besser als in den Vorjahren ausfallen. Das französische BIP wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um jährlich 1.4 % zulegen. Die Inflation wird anziehen, auch wenn die Kapazitätsüberhänge weiterhin dämpfend wirken. Falls die Arbeitsmarktreformen nicht greifen, ist mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die französische Regierung plant, das Haushaltsdefizit bis 2017 unter den EU-Schwellenwert von 3 % des BIP zu senken.

Die Wirtschaftsleistung des **Vereinigten Königreichs** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich einen Zuwachs um 1.8 %. Im Jahr 2010 profitierte die britische Wirtschaft von der belebten Nachfrage aus den Schwellenländern, gestützt von einer Abwertung des britischen Pfund. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand und Steuererhöhungen haben 2011 zum Abbau des Budgetdefizits beigetragen, belasteten aber auch die konjunkturelle Entwicklung des Landes. Der *Funding for Lending Scheme* der *Bank of England* (Banken und Immobiliengesellschaften können bei der *Bank of England* günstig Geld ausborgen) erleichterte 2013 die Aufnahme von Hypothekarkrediten, womit ein Aufschwung einsetzte, der zuerst am Immobilienmarkt zum Tragen kam. Diese Maßnahme hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs innerhalb der Industrieländer die stärkste Wachstumsdynamik aufwies. 2014 wurde die Konjunktur breiter abgestützt. Aufgrund der geringen Inflation stiegen die Reallöhne, und die wachsende Zuversicht der Unternehmer in den zukünftigen Geschäftsverlauf belebte die Investitionstätigkeit. In der Außenwirtschaft stiegen die Dienstleistungsexporte stark an, bei den Warenexporten entwickelte sich die Nachfrage jedoch nur sehr verhalten, was primär auf die Nachfrageschwäche im Euroraum zurückzuführen ist. Die *Bank of England* setzte daher 2014 ihre expansive Geldpolitik fort.

Im Jahr 2015 bleibt im Vereinigten Königreich die Inlandsnachfrage die treibende Kraft. Aufgrund der niedrigen Inflation steigt das Realeinkommen und verstärkt somit auch die Konsumnachfrage. Die Aufwertung des Pfund gegenüber dem Euro dämpft hingegen die Exportchancen der Industrie und schmälert die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Das BIP-Wachstum wird im Prognosezeitraum jährlich 2.3 % ausmachen, wobei Impulse primär von der Inlandsnachfrage ausgehen werden. Die Inflation wird voraussichtlich anziehen, was nicht nur auf das Auslaufen des Ölpreiseffekts zurückgeht, denn Preisdruck wird auch von steigenden Arbeitnehmerentgelten ausgehen. Die Zinsen könnten bereits 2016 zu steigen beginnen und in den kommenden drei Jahren auf 2 % klettern. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen von der hohen Verschuldung der Haushalte und der schwachen Exportnachfrage aus, wodurch das Leistungsbilanzdefizit beträchtlich zunehmen könnte. Es sind höhere Investitionen erforderlich, um die Arbeitsproduktivität, die Löhne und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

In den Jahren 2010 bis 2014 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 2.0 %. Im Jahr 2010 verzeichnete die Konjunktur einen rasanten Aufschwung, der dann von der Frankenstärke gedämpft wurde. Aufgrund der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hat sich die Auslandsnachfrage abgeschwächt. Im Jahr 2012 wurde die Konjunktur durch die schwächelnden Exporte belastet. Im Gegensatz zur Entwicklung im Euroraum belebte sich die Schweizer Wirtschaft im Jahr 2013, gestützt durch die historisch niedrigen Zinsen und die geringe Inflation. Dieser Trend hielt bis zum Jahresende 2014 an. Die Exportwirtschaft profitierte von der Stabilisierung der Wirtschaftslage im Euroraum, allerdings stärkten die Maßnahmen zur Deflationsbekämpfung im Euroraum und die geopolitischen Konflikte in Osteuropa und im Nahen Osten den Schweizer Franken.

Nach einer soliden konjunkturellen Entwicklung bis zum Jahresende 2014 haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Nach der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 15. Jänner 2015 und der darauf folgenden Aufwertung des Schweizer Franken verschlechterten sich die Wachstumsaussichten für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft drastisch. Als Reaktion senkte die SNB das Zielband für den Dreimonats-Libor auf -1.25 bis -0.25 %. Zwar beeinträchtigt die Aufwertung die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Firmen, die aufgehellten Konjunkturperspektiven für Europa und die solide Nachfrage aus den USA sollten den negativen Effekt aber mildern. Auch dürfte die Inlandsnachfrage robust bleiben. Mit der Absorption der Effekte der starken Währungsaufwertung dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren wieder verbessern. Die Wirtschaft der Schweiz wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.3 % pro Jahr wachsen. Die Inflation bleibt sehr niedrig. Die Leitzinsen könnten daher noch länger negativ bleiben.

Nach einem BIP-Anstieg um 1.9 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre sollte die Wirtschaftsleistung in den **NMS-6** (mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören) mittelfristig moderat zunehmen und im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 2.9 % betragen. Damit liegt das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum bei 1.1 Prozentpunkten, und die Konvergenz wird mit moderatem Tempo ähnlich wie in den vergangenen fünf Jahren weiter fortschreiten. Die zunehmende Arbeitsproduktivität und die damit einhergehende allmähliche Annäherung des Lohnniveaus an den EU-Durchschnitt werden den Aufholprozess unterstützen. Die Implementierung weiterer Strukturreformen, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Die niedrigen Zinsen, die geringe Inflation, welche die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt, sowie der schwächere Euro stützen am Anfang der Prognoseperiode die Konjunktur. Im Einklang mit der Belebung der Konjunktur in den Industrieländern dürften die Exporte und die Industrieproduktion zunehmen und neue Investitionen anregen. Die von der EU kofinanzierten Infrastrukturprojekte werden das BIP-Wachstum stützen. Nach einer schwachen Absorption der Mittel aus dem EU-Haushalt am Anfang der Förderperiode 2014-2020 wird im Laufe der Prognoseperiode eine zunehmende Zahl an neuen Projekten beantragt und implementiert. Zudem stärkt die sinkende Arbeitslosigkeit die Haushaltseinkommen, die Kaufkraft und das Konsumentenvertrauen, sodass auch der private Konsum als Konjunkturstütze wirkt. Die durch die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen verbesserten inländischen Rahmenbedingungen wirken stabilisierend. Infolgedessen dürfte die wirtschaftliche Aktivität in den folgenden Jahren moderat zunehmen, wobei die Unterschiede innerhalb der Region bestehen bleiben.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Ungarn** um 1.2 % gestiegen. Nach dem Einbruch um 1.5 % im Jahr 2012 folgte eine moderate Erholung im Folgejahr. Aufgrund von Kapazitätserweiterung in der Automobilindustrie und Einmaleffekten, wie starke Lohnsteigerungen und Transferzahlungen, erhöhte sich das BIP-Wachstum im Jahr 2014 kräftig. Im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 dürfte das Wirtschaftswachstum in Ungarn 2.4 % betragen. Die verbesserten Arbeitsmarktbedingungen, die niedrigen Zinsen und die Ausweitung des Programms „Finanzierung für Wachstum“ mit subventionierten Krediten für KMUs durch die ungarische Zentralbank stützen am Anfang der Prognoseperiode die Konjunktur. In den folgenden Jahren dürfte die Wirtschaft moderat wachsen, angeregt durch die Auslandsnachfrage und die von den EU-Kohäsionsfonds kofinanzierten Investitionen. Infolge steigender Löhne und der Lockerung der Kreditbeschränkungen wird sich der private Konsum weiter erholen und zum Wachstum beitragen.

In **Polen** dürfte sich die positive Entwicklung der vergangenen fünf Jahre (3.1 %) fortsetzen und das BIP-Wachstum sollte im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 3.2 % betragen. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahren war Polen das EU-Land mit der höchsten Wachstumsrate. Besonders dynamisch entwickelte sich die polnische Wirtschaft in den Jahren 2010, 2011 und 2014 mit Wachstumsraten von 3 ½ % und mehr. In der Prognoseperiode werden Wachstumsimpulse sowohl von der Auslands- als auch von der Inlandsnachfrage erwartet. Die gute Wirtschaftsentwicklung wird sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken und die Arbeitslosigkeit dürfte weiter sinken. Infolge fiskalpolitischer Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung sollte das Budgetdefizit in der Prognoseperiode weiter zurückgehen.

In **Tschechien** sollte das Wachstum nach einem BIP-Anstieg um 1.0 % im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 moderat bleiben und im Prognosezeitraum 2.7 % betragen. Nach einer rückläufigen Entwicklung in den Jahren 2012 und 2013 folgte eine moderate Erholung der Wirtschaft im Jahr 2014. Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten auf eine solide und breit angelegte Erholung hin, die sich in der Prognoseperiode verstärken wird. Nach der exportgetriebenen Erholung dürfte die Inlandsnachfrage in den Folgejahren der Hauptwachstumstreiber werden. Ein stärkeres Verbrauchervertrauen, Realeinkommenssteigerungen sowie eine gelockerte Fiskalpolitik zur Finanzierung von geplanten umfangreichen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen dürften in der Prognoseperiode wachstumsfördernd wirken.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2010 bis 2014 ist die Wirtschaftsleistung der **Slowakei** um 2.6 % gestiegen. Nach dem kräftigen BIP-Wachstum von 4.8 % im Jahr 2010 verlor die Wirtschaft in den folgenden Jahren kontinuierlich an Fahrt. 2014 belief sich das Wachstum auf 2.4 %. Im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 dürfte das slowakische BIP mit 3.0 % stärker zunehmen. Das Wirtschaftswachstum dürfte am Anfang der Prognoseperiode von Infrastrukturinvestitionen (unterstützt durch EU-Strukturfondsmittel) stimuliert werden. Nach einer gelockerten Fiskalpolitik im Jahr 2014 dürfte die Budgetkonsolidierung fortgesetzt werden. Mit der fortschreitenden Reform des öffentlichen Sektors sowie den aufgrund des weiteren Produktivitätsanstiegs steigenden Realeinkommen dürfte das BIP weiter kräftig wachsen.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2015 bis 2019 ein durchschnittliches Wachstum von 2.3 % erwartet, womit eine Trendwende gegenüber den letzten fünf Jahren (0.1 %) erreicht werden dürfte. Das Wachstum wird von den Nettoexporten getragen. Die allmähliche Erholung des privaten Konsums infolge steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit sowie kräftige private Investitionen dürften das Wachstum stützen. Schwächere öffentliche Investitionen, die von der EU kofinanziert werden, dürften hingegen das BIP-Wachstum am Anfang der Prognoseperiode dämpfen. Nach der Belastung durch die Bankenrekapitalisierung im Jahr 2014 dürfte sich die budgetäre Lage in der Prognoseperiode etwas entspannen. Allerdings sind zusätzliche Reformanstrengungen notwendig, um das Haushaltsdefizit unter die Marke von 3 % des BIP zu drücken.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Rumänien** um 1.4 % gewachsen. Nach einem Rückgang um 0.8 % im Jahr 2010 folgte eine moderate Erholung in den folgenden zwei Jahren. In den Jahren 2013 und 2014 beschleunigte sich das Wachstum auf 3.4 % bzw. 2.8 %. In der Prognoseperiode dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 3.1 % belaufen. Impulse gehen von der Auslandsnachfrage und den Infrastrukturinvestitionen, kofinanziert durch EU-Strukturfonds, aus. Eine niedrige Inflation, Reallohnsteigerungen und ein starkes Konsumentenvertrauen aufgrund der Senkung der Lohnnebenkosten und der geplanten Senkung der Mehrwertsteuer stützen den privaten Konsum am Anfang der Prognoseperiode.

Nach einem BIP-Anstieg von 1.2 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte die Wirtschaft in **Bulgarien** im Zeitraum 2015 bis 2019 ein durchschnittliches Wachstum von 2.3 % verzeichnen. Nach dem Einbruch im Jahr 2009 nahm die bulgarische Wirtschaftsleistung in den Folgejahren nur moderat zu. Die immer noch hohe Arbeitslosigkeit, die beträchtliche Verschuldung der Haushalte und Unternehmen sowie die schwache Kreditvergabe dämpfen das BIP-Wachstum am Anfang der Prognoseperiode. Die besseren Wachstumsaussichten im Euroraum und der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürften die Exporte stützen. Eine vor dem Hintergrund der niedrigen öffentlichen Verschuldung (mit rund 28 % die drittniedrigste in der EU) gelockerte Fiskalpolitik dürfte wachstumsfördernd wirken.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Kroatien** um 1.1 % zurückgegangen. 2015 dürfte die Wirtschaft Kroatiens erstmals seit 2008 wieder wachsen. Die mit dem EU-Beitritt erforderlichen weiteren Strukturreformen werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren stützen. Infolge einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit sowie günstigerer Wachstumsaussichten in der EU sind positive Impulse für die Exportwirtschaft zu erwarten. Infolgedessen könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 um 1.1 % wachsen. Die hohe Ver-

schuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen sowie die hohe Arbeitslosigkeit und die notwendige Haushaltskonsolidierung – Kroatien befindet sich in einem EU-Defizitverfahren – dämpfen jedoch am Anfang der Prognoseperiode die Inlandsnachfrage. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Senkung des Budgetdefizits, die Reduktion der Arbeitslosigkeit sowie die Erhöhung der Erwerbsquote stellen die wichtigsten Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik dar.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 2.8 % verzeichnet. Dabei überdeckte zunächst der hohe Ölpreis die Strukturschwächen der russischen Wirtschaft. Seit 2010 verlor die Wirtschaft jedes Jahr an Dynamik. Im Jahr 2014 betrug das BIP-Wachstum lediglich 0.6 %. Die wirtschaftliche Entwicklung Russlands wird in der Prognoseperiode maßgeblich durch den weiteren Verlauf des Konflikts mit der Ukraine und das damit verbundene Sanktionsregime geprägt. Dadurch bleibt die Unsicherheit für Investoren hoch. Vor diesem Hintergrund dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2015 und 2019 0.5 % betragen. Nach einem starken Rückgang 2015 und einer Stagnation 2016 dürfte die Wirtschaft Russlands in den Folgejahren moderat wachsen. Die weitere Dynamik des Ölpreises beeinflusst das Volumen der Staatseinnahmen und somit die öffentlichen Investitionen. Neben der geringen Investitionsbereitschaft inländischer und ausländischer Unternehmen dürften am Anfang der Prognoseperiode eine zunehmende Kapitalknappheit und die dadurch erhöhten Kapitalkosten die Investitionstätigkeit weiter dämpfen. Der private Konsum dürfte verhalten bleiben, zumal höhere Zinsen für Konsumkredite die weitere Zunahme der Verschuldung der privaten Haushalte bremsen dürfte. Zudem sinken wegen der hohen Inflation die Realeinkommen und die Arbeitslosigkeit dürfte, infolge der Implementierung einer angekündigten Verwaltungsreform, zunehmen. Dagegen könnten die stark schrumpfenden Importe zu einem positiven Beitrag der Nettoexporte führen und die Wirtschaft stützen. Die Staatsausgaben für große öffentliche Infrastrukturprojekte und Rüstungsgüter dürften ebenfalls expansiv wirken. Um die private Investitionsneigung und damit die Leistungsfähigkeit der russischen Wirtschaft zu erhöhen, sind strukturelle Reformen und Verbesserungen in den allgemeinen Rahmenbedingungen notwendig.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2010 – 2014	2015 – 2019
Welthandel	5.6	4.3
BIP, real		
Deutschland	1.9	1.6
Italien	-0.5	1.1
Frankreich	1.0	1.4
Vereinigtes Königreich	1.8	2.3
Schweiz	2.0	1.3
USA	2.2	2.5
Japan	1.5	0.9
China	8.6	6.2
Polen	3.1	3.2
Slowakei	2.6	3.0
Tschechien	1.0	2.7
Ungarn	1.2	2.4
Slowenien	0.1	2.3
MOEL-5*)	2.2	2.9
Bulgarien	1.2	2.3
Rumänien	1.4	3.1
Kroatien	-1.1	1.1
Russland	2.8	0.5
Euroraum	0.7	1.8
NMS-6*)	1.9	2.9
EU-28	0.9	1.9
OECD	1.9	2.4
Österreichische Exportmärkte	5.0	4.7
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.10
Erdölpreis (Brent, USD/barrel)**)	102.4	69.8

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

***) absolute Werte

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Nach dem tiefen Einbruch im Jahr 2009 verzeichneten die österreichischen Exporte einen kräftigen, bis 2011 andauernden Aufschwung. Dabei kamen indirekte Effekte der österreichischen Exportnachfrage zugute, insbesondere die engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den stark wachsenden Regionen der Welt. Im Jahr 2012 machte sich jedoch die Abschwächung der Weltkonjunktur, insbesondere die Krise im Euroraum, in der österreichischen Außenwirtschaft deutlich bemerkbar. Die Exporte in die Nachbarländer gingen zurück, während die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion Zuwächse verzeichneten. Im Jahr 2013 litt vor allem die Güterverarbeitende Industrie weltweit unter der fehlenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Dieser Umstand belastete die österreichische Außenwirtschaft und führte dazu, dass die exportorientierte Industrie einen leichten Rückgang hinnehmen musste. Darüber hinaus hat die österreichische Industrie preislich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Seit Jahresmitte 2014 belebt sich der globale Handel wieder und auch die Konjunktur in der deutschen Exportwirtschaft verstärkte sich. In der österreichischen Außenwirtschaft ließ hingegen der Aufschwung noch immer auf sich warten.

Am Anfang des Prognosezeitraums gehen positive Impulse von der Abwertung des Euro auf die österreichische Exportwirtschaft aus. Darüber hinaus sollte die konjunkturelle Festigung in den Nachbarländern die österreichischen Exporte stärken. Dämpfend dürften sich hingegen die weltweit noch immer sehr verhaltene Investitionstätigkeit und die Russland-Ukraine-Krise auf die österreichischen Warenexporte auswirken. Von der erwarteten Verstärkung der Weltkonjunktur in den kommenden Jahren wird voraussichtlich auch die österreichische Exportwirtschaft profitieren. Dabei dürften die Exporte in den Euroraum besser als in den vergangenen Jahren ausfallen. Die österreichische Handelsbilanz, die von 2010 bis 2014 ein leichtes Defizit aufwies, wird im Durchschnitt der kommenden Jahre mit einem geringfügig positiven Saldo abschließen.

Laut Außenhandelsstatistik von Statistik Austria wuchsen die nominellen Warenexporte im Zeitraum 2010 bis 2014 im Jahresdurchschnitt um 6.4 %. Die Exporte in den Euroraum legten dabei um 5.1 % zu, während jene in die Länder außerhalb des Euroraums um 7.9 % wuchsen. Nach Produktgruppen stiegen die Exporte von Chemischen Erzeugnissen im Jahresdurchschnitt um 8.0 %, von Bearbeiteten Waren um 5.9 %, von Maschinen und Fahrzeugen um 7.2 % und von Fertigwaren um 4.4 %. Der starke Zuwachs der gesamten nominellen Warenexporte in den vergangenen fünf Jahren ist auf den Aufholprozess in den Jahren 2010 und 2011 zurückzuführen. Im Prognosezeitraum dürften die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 6.0 % zulegen. Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 5.9 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum durchschnittlich 5.5 % betragen.

Die österreichischen Tourismusexporte erzielte in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 2.9 %. Im Jahr 2010 hat sich die Nachfrage in der Tourismusbranche stabilisiert und verzeichnete in den folgenden vier Jahren eine positive Entwicklung. Der schwächere Euro und das steigende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den Nachbarländern werden die Tourismusbranche in den kommenden Jahren stützen. Im Prognosezeitraum werden die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 2.8 % pro Jahr zulegen. Dabei sind Veränderungen im Reiseverhalten (z.B. der Trend hin zu kürzeren Aufenthaltsdauern) zu berücksichtigen.

Die realen Exporte i. w. S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 4.8 %. Im Prognosezeitraum werden sie um 4.6 % zulegen. Die realen Warenexporte werden dabei durchschnittlich um 4.9 % wachsen, nach einem Zuwachs von 5.5 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Im Prognosezeitraum nehmen die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 0.8 % zu. Die Importnachfrage belebt sich aufgrund der kräftigeren Inlandsnachfrage und des hohen Importgehalts der Exporte wieder. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4.6 % wachsen, nach einem Anstieg um 4.0 % in den vergangenen fünf Jahren. Für die realen Warenimporte wird ein durchschnittliches Wachstum von 4.7 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 0.9 % zunehmen.

Nach dem weltweiten Konjunkturunbruch nahm die Exportquote wieder zu und machte im Jahr 2010 51 % aus. In den folgenden Jahren stieg die Exportquote weiter und erreichte im Jahr 2014 53.2 %. Vor dem Hintergrund der günstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung erwartet das Institut bis zum Jahr 2019 einen Anstieg der Exportquote auf 60.7 %. Die Quote der Warenexporte steigt dabei von 37.9 % auf 43.1 %.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die mittelfristige Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung baut auf einer Schätzung des **Produktionspotenzials** auf. Dabei handelt es sich um jenes Produktionsniveau, das bei einer Normalauslastung der Kapazitäten erreicht wird. Bei einer normalen Konjunktorentwicklung wird üblicherweise unterstellt, dass die Produktionslücke am Ende des mittelfristigen Prognosezeitraums geschlossen ist.

Das Produktionspotenzial stellt eine nicht beobachtbare Größe dar und wird deshalb mit statistischen Methoden geschätzt. Das Institut ermittelt das österreichische Produktionspotenzial im Einklang mit der Methode, die von der Europäischen Kommission im Rahmen der Einschätzung des strukturellen Budgetsaldos verwendet wird. Diese Methode basiert auf einer Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Die Produktionsfaktoren gehen nicht mit ihren tatsächlich realisierten, sondern mit ihren trendmäßigen Werten in die Produktionsfunktion ein, da das Produktionspotenzial ein mittel- bis langfristiges Konzept darstellt, das von normalen Konjunkturschwankungen nicht beeinflusst wird.

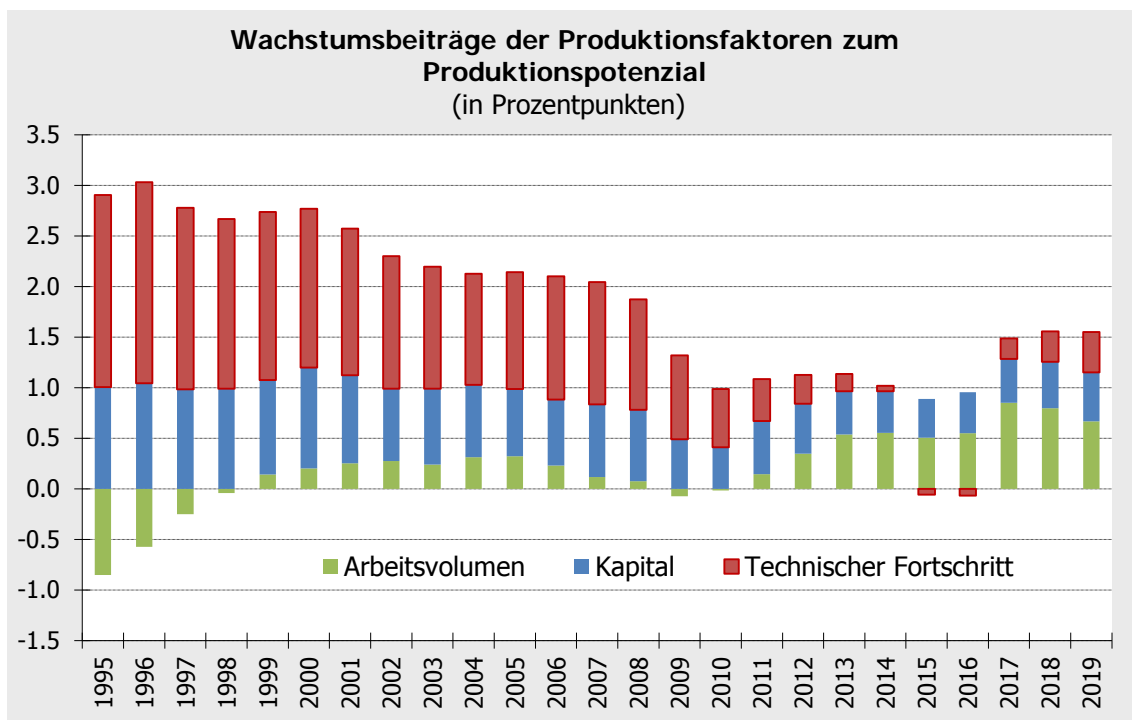
Das Arbeitsvolumen in Arbeitsstunden setzt sich aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Erwerbsquote, der strukturellen Arbeitslosenquote und der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen zusammen. Bezüglich der Bevölkerung wird auf die Prognose von Statistik Austria zurückgegriffen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter steigt demnach im Zeitraum 2015 bis 2019 um $\frac{1}{4}$ % pro Jahr. Hinsichtlich der Erwerbsquote (also des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter, die potenziell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen) wird für den Prognosezeitraum ein Anstieg um zwei Prozentpunkte unterstellt. Hinsichtlich der natürlichen bzw. strukturellen, also von normalen Konjunkturschwankungen nicht beeinflussten Arbeitslosenquote geht das Institut davon aus, dass diese seit Ausbruch der Wirtschaftskrise gestiegen ist. Dies ist nicht zuletzt eine Folge des sehr niedrigen Wirtschaftswachstums in Österreich in den vergangenen drei Jahren. Für den Prognosezeitraum wird zunächst ein weiterer Anstieg auf $8 \frac{1}{2}$ % erwartet. Auf diesem Niveau dürfte die strukturelle Arbeitslosenquote dann bis zum Ende des Prognosezeitraums verharren. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen war in den vergangenen Jahren rückläufig, was insbesondere auf die wachsende Bedeutung der Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. Zuletzt kam der Rückgang aber annähernd zum Stillstand. Nach Einschätzung des Instituts wird die durchschnittliche Arbeitszeit im Prognosezeitraum leicht zunehmen und im Jahr 2019 um $1 \frac{1}{2}$ % höher als im Jahr 2014 sein. Die skizzierte Entwicklung der Komponenten impliziert, dass das trendmäßige gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen im Jahr 2019 um $5 \frac{1}{4}$ % über dem Niveau von 2014 liegen wird, was einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 1 % entspricht.

Aufgrund der bereits drei Jahre andauernden Investitionsschwäche hat sich das Wachstum des Kapitalstocks abgeschwächt. Nach Einschätzung des Instituts wuchs der gesamtwirtschaftliche Sachkapitalbestand im vergangenen Jahr nur noch um knapp $1 \frac{1}{4}$ %. Vor der Finanzkrise war der Kapitalstock noch um 2 % und Mitte der 1990er Jahre um 3 % pro Jahr gestiegen. Die geringe Zunahme des Sachkapitals ist umso bemerkenswerter, als nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im vergangenen Jahr nun auch Forschungsaufwendungen als Investitionen verbucht werden. Diese waren davor gemäß der hier verwendeten Methode der Produktionspotenzialschätzung als technischer Fortschritt erfasst worden. Da sich die Investitionstätigkeit im Projektionszeitraum nur sehr langsam beleben dürfte, wird auch der Sachkapitalbestand nur wenig

beschleunigt zunehmen. Bis zum Jahr 2019 dürfte die Wachstumsrate des Kapitalstocks auf 1 ½ % steigen.

Da mit der Installation neuer Produktionsanlagen technologische Weiterentwicklungen verbunden sind, hat sich im Zuge der Investitionsschwäche auch das Wachstum des technischen Fortschritts verlangsamt. Darüber hinaus werden, wie erwähnt, Forschungsaufwendungen nun nicht mehr im technischen Fortschritt erfasst. Zwar wurden die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach den neuen Konzepten in die Vergangenheit zurückgerechnet, aber für die Vergangenheit liegen nur unzureichende statistische Informationen hinsichtlich der Aufteilung der Investitionen in Sachkapital- und Forschungsinvestitionen vor. Aus den genannten Gründen stagnierte der technische Fortschritt gemäß der hier verwendeten Schätzmethode in den vergangenen Jahren. Das Institut erwartet, dass sich mit der Konjunkturerholung in den kommenden Jahren auch der technologische Fortschritt etwas beleben und am Ende des Prognosezeitraums knapp ½ % betragen wird.

Aus den beschriebenen Projektionen der Produktionsfaktoren ergibt sich, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2014 um 1 % gestiegen ist. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte sich die Wachstumsrate beschleunigen und im Jahr 2019 gut 1 ½ % erreichen. Wie die Abbildung zeigt, trägt mittelfristig das Arbeitsvolumen am stärksten zum Wachstum der Produktionsmöglichkeiten bei.

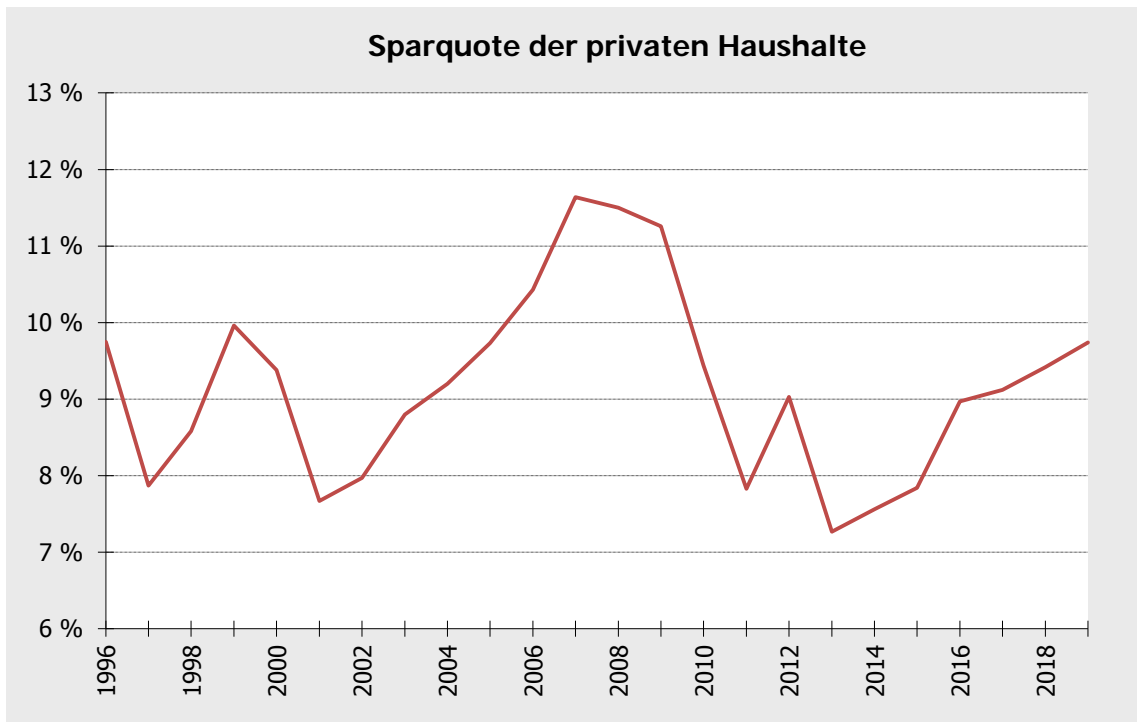


Im Jahr 2014 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1 ½ % unter dem Produktionspotenzial gelegen haben. Im Durchschnitt des Prognosezeitraums wird die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas stärker als das Produktionspotenzial steigen. Damit schließt sich die negative Produktionslücke bis zum Ende des Prognosezeitraums.

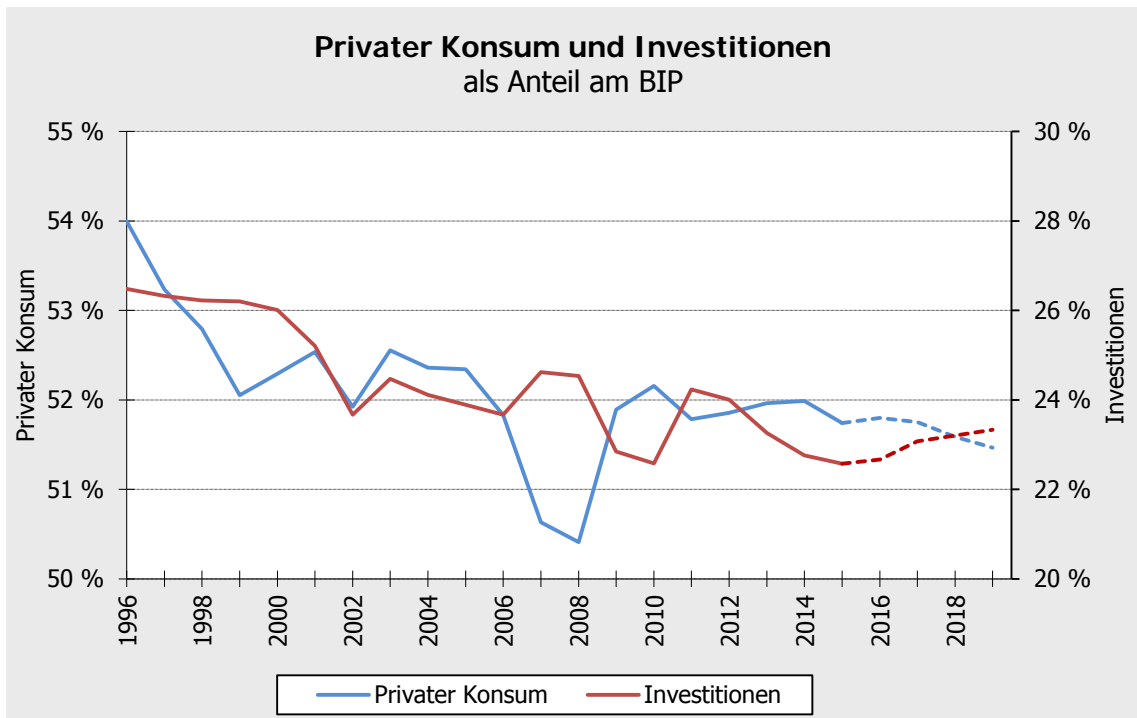


Im Prognosezeitraum 2015 bis 2019 wächst das reale verfügbare Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 1.9 %. Freilich kulminiert die Wachstumsrate im Jahr 2016, in dem der Großteil der Effekte der Steuerreform anfällt und die Realeinkommen um über 3 % steigen; jedoch schließen in der Folge weitere Jahre mit guter Einkommensdynamik an. Demgegenüber beträgt die mittlere jährliche Expansionsrate des realen privaten Konsums lediglich 1.3 %. Dadurch steigt die **Sparquote der Haushalte** von 7.6 % im Jahr 2014 auf 9.7 % im Jahr 2019. Ein Teil des Einkommensspielraums wird also nicht für Anschaffungen genützt, die Haushalte bilden verstärkt Rücklagen.

Die Haushaltssparquote, die infolge der globalen Finanzkrise stark abgefallen war, stabilisierte sich ab 2013 auf einem Niveau von gut 7 % und begann langsam zu steigen. Im Prognosezeitraum wird sie weiter zunehmen. Im Sinne des für das Konsumverhalten der Haushalte auch in Österreich gültigen Fehlerkorrektur-Modells wird die Bewegung der Haushalts-Sparquote vor allem von zwei Einflüssen bestimmt: erstens tendiert sie aufwärts, wenn sie unter ihrem langfristigen Zielniveau von über 9 % liegt; zweitens nimmt sie zu, wenn die Realeinkommen deutlich wachsen, d.h. ihre Zuwachsraten einen Schwellenwert von rund 1 % übersteigt. Ein dritter, schwächerer Effekt geht von der Verteilung der Einkommenszuwächse aus, wobei Lohnneinkommen stärker konsumwirksam sind als Gewinneinkommen. Auch dieser dritte Effekt hilft mit, die Sparquote anzuheben, denn im Prognosezeitraum wachsen die Nichtlohneinkommen überdurchschnittlich, wie dies für Aufschwungsphasen typisch ist. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1995. Der mittlere Wert der Haushaltssparquote im Prognosezeitraum beträgt 8.1 %, der längerfristige Mittelwert über den Zeitraum 1995 bis 2014 hingegen 9.6 %.



Das vergleichsweise kleine Aggregat „**Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter**“ wächst im Prognosezeitraum mit gut 2 %, also kräftiger als der Konsum der Haushalte.



Eine steigende Haushaltssparquote bedeutet, dass der Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen zurückgeht. Die Abbildung zeigt, dass auch der Anteil der Konsumnachfrage am gesamtwirtschaftlichen Output in den letzten 20 Jahren einer fallenden Tendenz unterlegen ist. Zum Vergleich ist hier die Entwicklung des privaten Konsums und der Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt dargestellt, kurz der **Konsumquotient** und der **Investitionsquotient**, wobei hier alle Nachfrageaggregate zu laufenden Preisen gemessen sind. Diese Quotienten haben historisch im Zusammenhang mit den „großen Quotienten“ (*great ratios*, Lawrence Klein und Richard Kosobud, *Quarterly Journal of Economics*, 1961) eine Rolle gespielt und werden vielfach als langfristig konstante (stationäre) Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. Die Grafik zeigt demgegenüber, dass beide Quotienten seit dem Jahr 1996 eher abgenommen haben, wobei speziell der Konsumquotient einen Rückgang von rund 54 % auf rund 52 % zeigt, nachdem er kurzzeitig sogar auf knapp über 50 % gefallen war. Der leicht fallende Trend wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen, während der Investitionsquotient gegenläufig steigt. Das Fallen des Konsumquotienten scheint zwar nahezu legen, dass weniger von der gesamten Wirtschaftsleistung den Haushalten in ihrem Konsum zugutekommt; allerdings bleibt das Ausmaß der Bewegungen des Konsumquotienten im Prognosezeitraum gering und wird zudem vom steigenden Investitionsquotienten kompensiert, der seinerseits eine verstärkte Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten in der Wirtschaft andeutet.

Die Unternehmensinvestitionen dienen der Erneuerung der Produktionsanlagen und der Heranführung des tatsächlichen Kapitalstocks an sein optimales Niveau. Bei der öffentlichen und der privaten Bautätigkeit spielen betriebswirtschaftliche Optimierungskalküle dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Der optimale Kapitalbestand wird vor allem von den erwarteten Absatzmengen und Verkaufserlösen auf der einen Seite sowie den Finanzierungskosten auf der anderen Seite beeinflusst. Die Finanzierungskosten umfassen neben Kosten für Bankkredite auch entgangene Zinserträge auf alternative Finanzanlagen, da vorhandene Mittel statt in Sachanlagen auf den Finanzmärkten angelegt werden könnten. Außerdem beeinflussen Unternehmenssteuern die Rentabilität von Sachinvestitionen. Da bezüglich der genannten Einflussgrößen Erwartungen über ihre Entwicklung im gesamten Nutzungszeitraum der Produktionsanlagen gebildet werden müssen, ist Unsicherheit hinsichtlich dieser Faktoren schädlich für die Investitionstätigkeit. Im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise, aber auch bezüglich heimischer Standortfaktoren war die Unsicherheit in den vergangenen Jahren außergewöhnlich groß. Dies dürfte neben der fehlenden Nachfrage aus dem In- und Ausland wesentlich zu der Investitionsschwäche beigetragen haben. Der trendmäßige Rückgang der Investitionsquote ist aber nicht allein der verhaltenen Sachkapitalbildung geschuldet. Der Anteil der Anlageinvestitionen an der Wirtschaftsleistung sinkt auch deshalb, weil der Investitionsdeflator in der Tendenz weniger stark steigt als der Preisindex des gesamten Bruttoinlandsprodukts. Dies ist auf die Entwicklung der Ausrüstungsgüterpreise zurückzuführen, während die Baupreise meistens stärker als das allgemeine Preisniveau zunehmen.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) sind im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 2 ½ % pro Jahr gestiegen. Dabei wurden die Investitionen in Maschinen, Ausrüstungen und sonstige Anlagen (u.a. Software, Patente und Lizenzen) im Jahr 2011 um 10 ½ % ausgeweitet. Dies war eine Reaktion auf den scharfen Einbruch der Investitionstätigkeit im Zuge der „großen Rezession“ im Jahr 2009 und die annähernde Stagnation im folgenden Jahr. Seit 2012 verlief die Sachkapitalbildung aber sehr schleppend. Im Jahr 2013 erreichten die Ausrüstungsinvestitionen ein Wachstum von 1 ½ %, in den Jahren 2012 und 2014 nur ½ %. Im Durchschnitt

der zurückliegenden fünf Jahre stiegen die Anschaffungen neuer Fahrzeuge um $4\frac{3}{4}\%$, die Investitionen in Maschinen um $1\frac{1}{4}\%$ sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung um $3\frac{3}{4}\%$ pro Jahr.

Von der erwarteten Konjunkturbelebung im Projektionszeitraum sollte die Investitionstätigkeit der Unternehmen profitieren. Die gesamtwirtschaftliche Gewinnmarge (definiert als Verhältnis zwischen dem BIP-Deflator und den Lohnstückkosten), die im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um $\frac{1}{4}\%$ gesunken ist, wird sich gemäß der vorliegenden Prognose allmählich erholen und bis 2019 um $\frac{1}{2}\%$ pro Jahr steigen. Damit verbessern sich die Innenfinanzierungsbedingungen der Unternehmen. Auch die Fremdfinanzierungskonditionen bleiben günstig, da die langfristigen Zinsen nur sehr langsam steigen werden. Dies ist damit zu begründen, dass die Geldpolitik im Euroraum noch längere Zeit expansiv ausgerichtet bleiben wird. Darüber hinaus profitiert Österreich davon, dass es von den internationalen Investoren im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise als „sicherer Hafen“ wahrgenommen wird, was den Zustrom ausländischen Kapitals nach Österreich hoch hält und Druck auf die Zinsen ausübt. Dies wird sich zwar im Zuge der Besserung der Lage im übrigen Euroraum allmählich normalisieren, aber die Umorientierung der Kapitalströme und der Anstieg der langfristigen Zinsen werden sich nur langsam vollziehen. Angesichts der erhöhten Eigenkapitalanforderungen und einer kritischeren Risikoprüfung könnten die Geschäftsbanken allerdings vorsichtiger bei der Kreditvergabe agieren, was es speziell für kleine und mittlere Unternehmen, die sich nur sehr eingeschränkt über den Kapitalmarkt finanzieren können, tendenziell schwieriger macht, ihre Investitionsvorhaben umzusetzen. Gestützt wird die Investitionstätigkeit zunächst dadurch, dass sich in den vergangenen Jahren wegen der Investitionsschwäche ein Rückstau bei den Investitionen gebildet hat, der mit der Festigung der Konjunktur abgearbeitet wird. Die niedrige Kapazitätsauslastung und der eher verhaltene Konjunkturaufschwung sprechen aber dafür, dass die Investitionen in den kommenden Jahren nicht so kräftig steigen werden, wie es in früheren Aufschwungphasen üblich war. Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen bis 2019 um 2.5% pro Jahr ausgeweitet werden. Dabei wird die höchste Wachstumsrate für 2017 erwartet.

Die **realen Bauinvestitionen** haben sich im zurückliegenden Fünfjahreszeitraum mit einem jahresdurchschnittlichen Rückgang um $\frac{1}{2}\%$ ungünstig entwickelt. Während die Wohnbauinvestitionen um $\frac{1}{4}\%$ pro Jahr ausgeweitet wurden, sanken die sonstigen Bauinvestitionen um 1% pro Jahr. Die Errichtungen von Wohnbauten waren in den letzten drei Jahren rückläufig. Die sonstigen Bauinvestitionen, in denen die Bautätigkeit der Unternehmen und des öffentlichen Sektors zusammengefasst sind, wurden vor allem im Jahr 2010 und auch in den letzten beiden Jahren eingeschränkt.

Im Prognosezeitraum sollten sich die Bauinvestitionen allmählich erholen. Angesichts der anhaltenden Zuwanderung wird die Wohnbevölkerung in Österreich weiter wachsen. Zudem ist seit einigen Jahren ein Trend zu kleineren Familiengrößen zu beobachten. Dies dürfte sich fortsetzen. Darüber hinaus ist ein relativ großer Bestand der Wohngebäude bereits sehr alt (ein Drittel der Wohngebäude wurde vor 1961 errichtet) und dürfte in den kommenden Jahren grundlegend saniert bzw. durch Neubauten ersetzt werden. Darüber hinaus dürfte angesichts tendenziell steigender Energiepreise sowie höherer Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden verstärkt in die energetische Modernisierung investiert werden. Die Bauinvestitionen der Unternehmen profitieren von der anziehenden Konjunktur. Zudem werden die Bauinvestitionen von den weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen angeregt. Im Gegensatz zu den privaten Bauinvestitionen stellen sich für die

öffentlichen Investitionen die mittelfristigen Aussichten ungünstiger dar. Die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schränkt den Spielraum der Gebietskörperschaften für die Finanzierung von Investitionen in die Infrastruktur ein. Profitieren werden die öffentlichen Bauinvestitionen aber davon, dass bis zum Jahr 2020 öffentliche Investitionen im Umfang von 5.75 Mrd. Euro für den Wohnbau und die Siedlungsinfrastruktur bereitgestellt werden sollen. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass eine Tochtergesellschaft der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) bis 2020 2 Mrd. Euro in den Wohnbau investiert. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im Zeitraum 2015 bis 2019 um 1.1 % pro Jahr ausgeweitet werden. Dabei wird für das laufende Jahr ein Rückgang um 0.5 % erwartet, während im Jahr 2017 mit 2.0 % der größte Zuwachs erreicht werden dürfte. Damit bleibt die Zunahme der Bauinvestitionen auch im Prognosezeitraum hinter der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen zurück.

Die gesamten realen **Bruttoanlageinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den zurückliegenden fünf Jahren um 1.0 % pro Jahr gestiegen. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Bruttoanlageinvestitionen bis 2019 ein jahresdurchschnittliches Wachstum um 1.9 %. Die Investitionsquote wird gemäß dieser Prognose in den Jahren 2015 und 2016 mit gut 22 % ihren Tiefpunkt erreichen und anschließend bis auf 22 ½ % am Ende des mittelfristigen Prognosezeitraums steigen. Im Zeitraum 1995 bis 2000 lag die Investitionsquote noch zwischen 25 % und 26 %. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre waren die Lagerbestandsveränderungen neutral für das Wirtschaftswachstum, sodass die gesamten realen Bruttoinvestitionen, d.h. die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, ebenfalls um 1.0 % pro Jahr ausgeweitet wurde. In einem Konjunkturaufschwung stocken die Unternehmen ihre Lagerbestände in der Regel stärker auf. Daher erwartet das Institut, dass die Bruttoinvestitionen im Prognosezeitraum um 2.4 % pro Jahr und somit um einen halben Prozentpunkt stärker als die Anlageinvestitionen zunehmen.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird im Prognosezeitraum von der Steuerreform und vom notwendigen Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung geprägt. Das Institut unterstellt, dass die beschlossenen Maßnahmen rigoros umgesetzt werden. Der nur verhaltende Wirtschaftsaufschwung, die zusätzliche Belastung durch die Abbaugesellschaft für die Hypo Alpe Adria (HETA) und insbesondere die Steuerreform verhindern die Rückkehr zu einem weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt bereits im Jahr 2016. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird zwar von 2.4 % im Jahr 2014 zunächst deutlich zurückgehen, durch die Steuerreform wird die Rückführung des Maastricht-Defizites im Jahr 2016 jedoch unterbrochen und das Budgetdefizit wird erst bis 2018 weiter auf 0.5 % fallen. Gegenüber dem von der Wirtschaftskrise und der Bankenrettung geprägten letzten Fünfjahreszeitraum wird die durchschnittliche Defizitquote dennoch von 2.6 % auf 1.4 % im Zeitraum 2015 bis 2019 sinken. Durch die prognostizierte Erholung der Konjunktur erwartet das Institut, dass sich die Produktionslücke bis 2019 schließt und dadurch das strukturelle Defizit bis auf 0.5 % im Jahr 2019 zurückgeht.

Das Wachstum der Einnahmen aus Produktionsabgaben wird, verglichen mit 3.6 % in der Vergleichsperiode 2010 bis 2014, im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 3.3 % etwas schwächer ausfallen. Die Einnahmen aus direkten Steuern werden im Zeitraum 2015 bis 2019 aufgrund der deutlichen steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit nur mit 2.9 % zunehmen. Die Steuertarifreform mit einem Entlastungsvolumen von 4.9 Mrd. Euro trägt wesentlich zur Verlangsamung des Wachstum bei, während die notwendigen Gegenfinanzierungen (erweiterte Besteuerung von

Immobilienveräußerungsgewinnen, Solidarbeitrag) und die wieder anfallende kalte Progression zu einem merklichen Wachstum beitragen. Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden aufgrund der stabilen Beschäftigungslage und der außerordentlichen Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage im Zuge der Gegenfinanzierung der Steuerreform etwas stärker wachsen als im Zeitraum 2010 bis 2014.

Die Konsolidierungsmaßnahmen schlagen sich auch auf der Ausgabenseite nieder. Während der nominelle öffentliche Konsum bereits im Zeitraum 2010 bis 2014 nur um durchschnittlich 2.2 % gestiegen ist, wird sein durchschnittliches Wachstum im Prognosezeitraum sogar nur 2.0 % betragen. Dies ist hauptsächlich auf bisherige und weitergehende Einsparungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Aufgrund der geringeren Pensionsanpassungen und des erschwerten Zugangs zu Frühpensionierungen werden sich die monetären Sozialleistungen trotz der ungünstigen demografischen Entwicklung wie im vergangenen Fünfjahreszeitraum mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2.5 % entwickeln. Die anfallenden Kosten für die HETA sorgen auch 2015 noch für einen Anstieg der Vermögenstransfers, welche sich aber im Laufe des Prognosezeitraums durch die Umsetzung der geplanten Reformen wieder kompensieren lassen sollten. Dennoch bleiben Risiken bestehen bezüglich weiterer notwendiger Mehrausgaben zur Finanzmarktstabilisierung. Weiters gibt es Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung bestimmter vorgesehener Maßnahmen wie der Einsparungen in der Verwaltung und bei den Förderungen zur Gegenfinanzierung der Steuerreform, der Reduktion der Gesundheitsausgaben und der Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters.

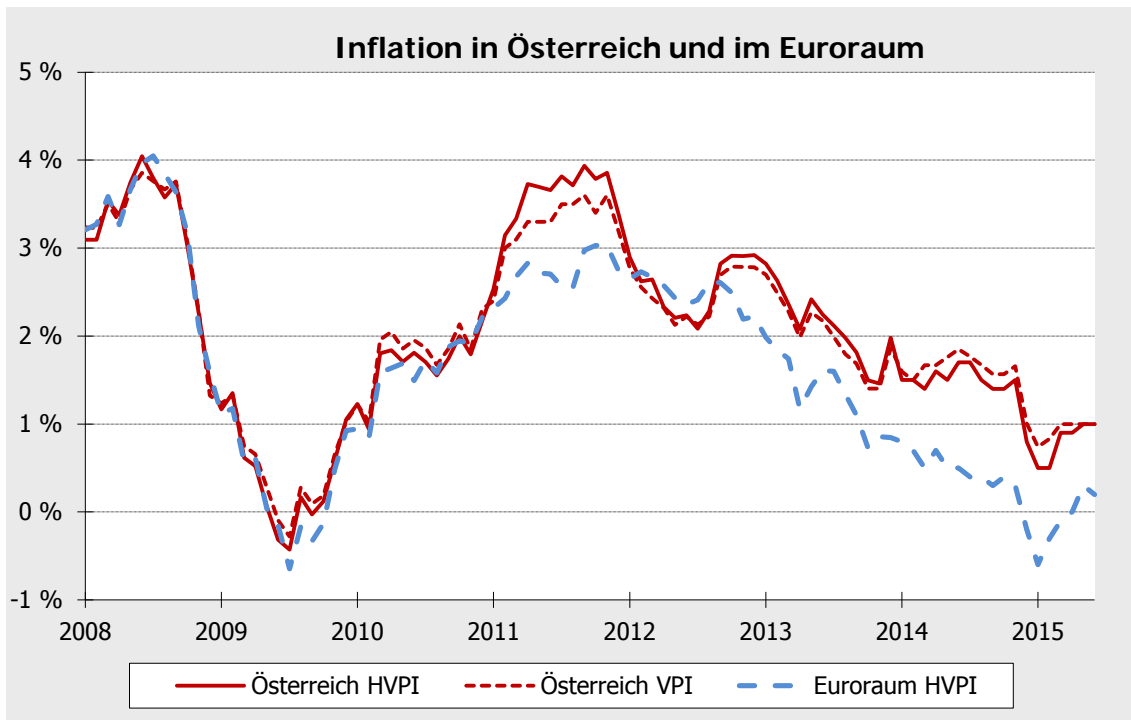
Die Entlastung durch die Steuerreform führt zu einer kurzfristigen Abkehr vom strengen Konsolidierungspfad, welche weiterhin notwendig ist, um eine nachhaltige Reduktion des gesamtstaatlichen Haushaltsdefizits zu erreichen. Nur mit soliden Staatsfinanzen kann das Vertrauen der Finanzmärkte aufrechterhalten und auch zukünftig für – im internationalen Vergleich – günstige Refinanzierungskonditionen gesorgt werden. Daher sind weitere wichtige strukturelle Maßnahmen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit und Finanzausgleich in Angriff zu nehmen, um die beschlossene steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit nachhaltig zu finanzieren. Um die Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft im internationalen Vergleich zu erhalten und auszubauen, sind gleichzeitig verstärkte Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Bildung zu setzen.

Im Zeitraum 2010 bis 2014 haben die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** pro Jahr um 2.0 % zugenommen. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen (Konsumdeflator) von 2.3 % im selben Fünfjahreszeitraum bedeutet dies einen durchschnittlichen Rückgang der realen Bruttolöhne von 0.3 % pro Jahr. Die realen Nettolöhne, also nach Abzug von Sozialbeiträgen und Lohnsteuer, sanken hingegen um knapp 1 % pro Jahr. Die Arbeitsproduktivität stagnierte im Vergleichszeitraum nahezu bei einem durchschnittlichen Wachstum von 0.1 %. Bei der Interpretation der Entwicklung von Löhnen und Produktivität ist aber der Wirtschaftseinbruch 2009 zu berücksichtigen. Seit 2008 sind die Löhne deutlich stärker als die Produktivität gestiegen.

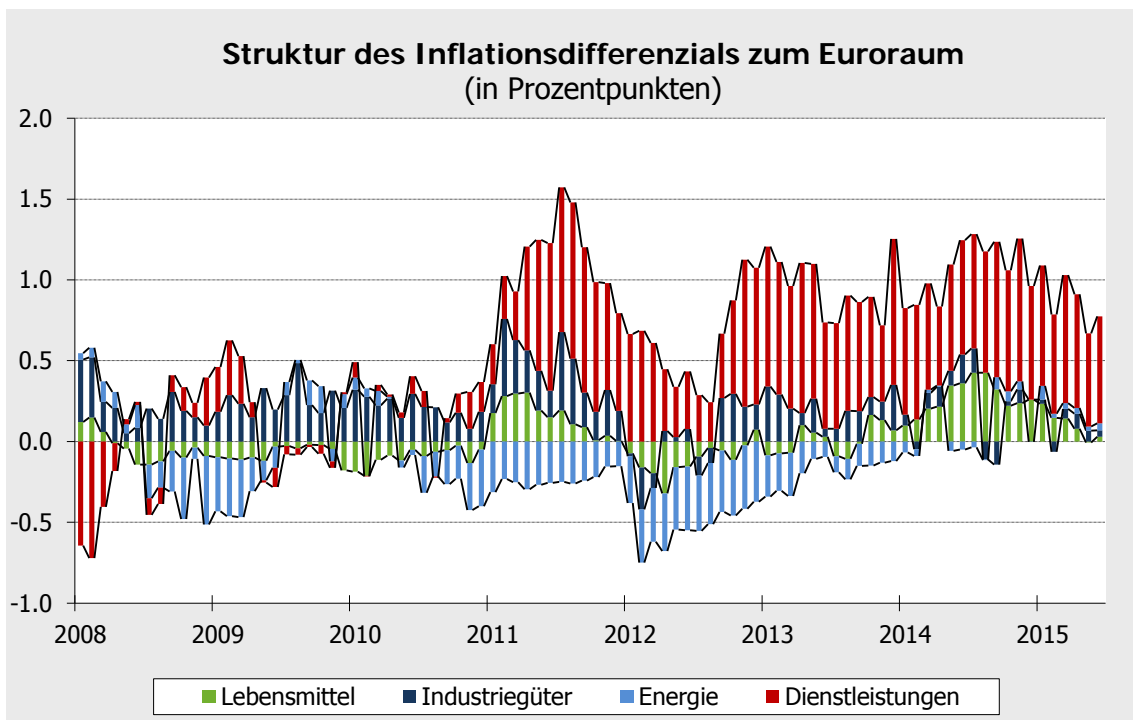
Bis zum Ende des Prognosezeitraums erwartet das Institut eine Rückkehr zum langfristigen Produktivitätswachstum von rund 1 %. Es wird unterstellt, dass vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit wieder zu einer beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik zurückgekehrt wird. Entsprechend der sozialpartnerschaftlichen Tradition bleibt damit der Anstieg der realen Bruttolöhne (0.2 %) hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück. Aufgrund der Steuerreform steigen die Nettolöhne im selben Tempo.

Nach dem Krisenjahr 2009 mit teilweise negativen monatlichen **Inflationsraten** (VPI) stieg die Inflationsrate in Österreich stark an. Den Höhepunkt der letzten fünf Jahre erreichten sie im November 2011 mit einem Wert von 3.6 %. Seitdem bildete sie sich mit kleineren Unterbrechungen wieder zurück und wies im Jänner 2015 im Zuge des Ölpreisverfalls mit 0.5 % den niedrigsten Wert auf. In den letzten vier Monaten lag die Inflation konstant bei 1.0 %. Im europäischen Vergleich (HVPI) sanken die Inflationsraten der anderen Länder des Euroraums schneller als die österreichischen. Dies hatte zur Folge, dass ab dem Jahreswechsel 2013/2014 die österreichischen Inflationsraten (mit wenigen Ausnahmen) die höchsten im Euroraum waren, was bei ausbleibenden Produktivitätsgewinnen die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gefährdet. Da der Dienstleistungssektor seit 2011 zwischen einem und knapp zwei Prozentpunkten, also überproportional viel, zu dem hohen Inflationsdifferenzial beiträgt, liegt der Schluss nahe, dass die lohnintensiven Sektoren für den höheren Preisdruck verantwortlich sind. Dies ist auch an der recht hohen Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten zumindest in den letzten drei Jahren abzulesen.

Das Institut geht davon aus, dass sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum im Prognosezeitraum verringern wird. Einerseits sollten die Preisanpassungen, die aufgrund der Krise in einigen Peripherieländern nötig wurden, bald abgeschlossen sein. Und andererseits werden die Lohnstückkosten in Österreich in den nächsten fünf Jahren mit 1.4 % pro Jahr weniger stark wachsen als in der Fünfjahresperiode davor. Die dämpfende Wirkung der gesunkenen Energiepreise wird bereits gegen Jahresende auslaufen. Für den restlichen Prognosezeitraum wird eine moderate Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise unterstellt. Das konjunkturelle Bild zeichnet eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums bis 2017 mit leicht geringeren Wachstumsraten für 2018 und 2019, allerdings bleiben die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten unterausgelastet. Der gesunkene Euro-Dollar-Wechselkurs wird die Importe verteuern und exportseitig zur Konjunkturbelebung beitragen; beides erhöht den Druck auf den heimischen Verbraucherpreisindex. Die Anhebung der Mehrwertsteuersätze und die Einführung der Registrierkassenpflicht im Zuge der Steuerreform sollte die Inflation im Jahr 2016 um 0.2 Prozentpunkte erhöhen und auch auf das Jahr 2017 ausstrahlen, wenn auch mit weit kleinerem Effekt (verzögertes Inkrafttreten der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsdienstleistungen). Alles in allem ergibt das für den Prognosezeitraum folgendes Bild. Die Inflationsrate wird von 1.2 % im Jahr 2015 auf 2.0 % im Jahr 2016 und 2.2 % im Jahr 2017 ansteigen und sich dann bis zum Jahr 2019 leicht auf 1.9 % abschwächen. Im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums wird sie bei 1.8 % pro Jahr liegen.



Quelle: Statistik Austria, Eurostat



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Die Konjunkturschwäche der letzten Jahre in Kombination mit einem kräftig gestiegenen Arbeitskräfteangebot hat sich am österreichischen **Arbeitsmarkt** deutlich niedergeschlagen. Im heurigen Jahr wird die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition über die 9-Prozent-Marke klettern. Damit

liegt die Arbeitslosenquote um rund zwei Prozentpunkte über dem Wert des Krisenjahres 2009 und gut drei Prozentpunkte über den Werten von 2007/2008. Damit wird sogar der bisherige historische Höchstwert des Jahres 1953 von 8.7 % übertroffen. Im weiteren Prognosezeitraum sollten die Belebung der Wirtschaftsentwicklung und ein etwas langsamer wachsendes Arbeitskräfteangebot eine Stabilisierung der Arbeitslosigkeit erlauben. Das Institut geht allerdings davon aus, dass die Wirtschaftserholung nicht kräftig genug für einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosenzahlen ausfallen wird. Für den Jahresdurchschnitt 2019 wird somit eine Arbeitslosenquote von $8\frac{3}{4}$ % erwartet, damit bleibt die Arbeitslosigkeit im historischen Vergleich auf einem extrem hohen Niveau. Die Quote laut Eurostat-Definition könnte bis zum Ende des Prognosezeitraums auf $5\frac{1}{2}$ % zurückgehen und damit wiederum das Niveau des Vorjahres erreichen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss sich daher verstärkt den strukturellen Schwächen des österreichischen Arbeitsmarkts zuwenden und die Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbspersonen erhöhen. Neben dem Schwerpunkt der Förderung der Älteren sollte auch der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres hat die **Beschäftigung** um knapp $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte zugenommen. Per saldo erfolgte der gesamte Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor. Die Beschäftigung in der Industrie war hingegen rückläufig. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen bleibt hinter der Beschäftigungsausweitung in Köpfen merklich zurück und dürfte eher stagnieren. Die Ausländerbeschäftigung hat deutlich stärker als die der Inländer zugenommen. Wesentlich hierfür war die Arbeitsmarktliberalisierung für die ost- und mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten. So ist die Beschäftigung von Personen aus den von der Arbeitsmarktliberalisierung betroffenen Staaten zwischen Mai 2011 und Mai 2015 um knapp 100,000 Personen angestiegen. Die stärksten Zuwächse verzeichneten im ersten Halbjahr 2015 die Beschäftigten aus Rumänien und Ungarn (6,000). Im Prognosezeitraum wird das Arbeitskräfteangebot von Ausländern weiter zunehmen, allerdings sollte sich das Tempo der Zuwanderung verlangsamen. Der Anstieg der potenziellen Erwerbspersonen wird durch die demografische Entwicklung gebremst, allerdings steigen die Erwerbsquoten insbesondere von Frauen und Älteren. Die wirtschaftliche Aufhellung sollte dazu führen, dass die Arbeitskräftenachfrage stärker anzieht. Laut Prognose wird das durchschnittliche Beschäftigungswachstum im Prognosezeitraum 0.9 % betragen. Hierbei wird unterstellt, dass sich die Arbeitsproduktivität nach einer sehr schwachen Entwicklung in den Vorjahren wieder belebt. Bis zum Jahr 2019 sollten somit etwas mehr als 150,000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Seit Beginn des heurigen Jahres hat sich die Zunahme der Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** beschleunigt. Hauptverantwortlich sind die schwache Wirtschaftsentwicklung und das belebte Arbeitskräfteangebot; statistisch erhöht auch die geänderte Struktur der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Umschichtung von kurzfristigen Schulungsmaßnahmen hin zu Eingliederungsbeihilfen) die ausgewiesene Arbeitslosenzahl. Bereits im Vorjahr überschritt die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen die 300.000er-Marke und wird laut Prognose im Jahresdurchschnitt 2016 mit 357,000 Personen ihren Höchststand erreichen. Danach stagniert die Arbeitslosenzahl und sollte am Ende der Prognoseperiode 351,000 Personen betragen. Das Institut unterstellt dabei, dass die Zahl der Schulungsteilnehmer im Prognosezeitraum rund 65,000 Personen beträgt. Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition erreicht in den Jahren 2015 und 2016 mit 9.1 % ihren Höhepunkt und sollte bis 2019 auf $8\frac{3}{4}$ % zurückgehen. Laut Eurostat-Definition beträgt die Quote dann 5.5 %.

Seit der letzten mittelfristigen Prognose hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Die anhaltende wirtschaftliche Stagnation hat merkliche Spuren hinterlassen. Bei der Interpretation der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist das steigende Arbeitskräfteangebot zu berücksichtigen. Obwohl es kurzfristig zu Friktionen kommt, ist ein höheres Arbeitskräftepotenzial vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung positiv zu sehen. Die erwartete Konjunkturerholung ist jedoch zu schwach, um die Arbeitslosigkeit merklich zu senken. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der strukturellen Schwächen am österreichischen Arbeitsmarkt sind sicherlich sinnvoll. Die anhaltend schlechte Wirtschaftslage schlägt sich in der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit nieder. Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für diese Gruppe sind angezeigt, um eine langfristige Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt zu verhindern. Die Aussichten von gering-qualifizierten Arbeitnehmern werden sich tendenziell weiter verschlechtern. Es besteht die Gefahr, dass der qualifikatorische Mis-Match, also das Auseinanderklaffen von nachgefragten und angebotenen Kompetenzen, auch bei Anziehen der Konjunktur zunimmt. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zu Re- und Weiterqualifikation. Die qualifikatorischen Maßnahmen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind daher zu begrüßen. Eine verstärkte Förderung von gering qualifizierten Arbeitnehmern erscheint wünschenswert. Notwendig wäre allerdings auch eine stärkere Fokussierung auf die Präventionskomponente. Hier sind etwa Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit zu nennen. Eine Bildungsreform, die das Entstehen von Defiziten bei den Basisqualifikationen von Jugendlichen möglichst früh bekämpft, steht ebenfalls noch aus.

Positiv ist die Steuerreform zu nennen, welche die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit reduziert. Notwendig sind aber zusätzliche Anstrengungen, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu stärken. In den letzten Jahren hat der Standort Österreich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren, die Lohnkostensteigerungen übertrafen die Produktivitätsentwicklung. Eine Absenkung der Lohnnebenkosten würde zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation beitragen. Notwendig erscheinen aber insbesondere verstärkte Anstrengungen zur Hebung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, etwa im Bereich F&E oder bei der Grundlagenforschung. Diese wirken allerdings erst mittel- bis längerfristig.

Infolge der demografischen Entwicklung ist es mittelfristig unbedingt erforderlich, bestehende Aktivierungspotenziale zu heben. Eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich erscheint daher nicht zielführend. Durch innovative Arbeitszeitmodelle, eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungssituation und die Verringerung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede könnte die Erwerbsquote von Frauen gesteigert werden. Qualifizierte Migranten reduzieren den Mis-Match am Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund sind verstärkte Integrationsmaßnahmen mit Arbeitsmarktbezug bei dieser Gruppe wünschenswert.

Insgesamt gesehen zeichnet diese Prognose kein erfreuliches Bild über die Arbeitsmarktentwicklung. Selbst bei dieser Prognose bestehen noch beachtliche Risiken. So könnte die Arbeitslosenquote in heurigen Jahr durchaus noch stärker steigen als erwartet und bei Anhalten der Stagnation der österreichischen Wirtschaft im Prognosezeitraum die 10-Prozent-Marke erreichen. Durch Arbeitsmarktpolitik kann zwar der Anstieg etwas gedämpft werden, letztlich ist aber eine Rückkehr auf einen soliden makroökonomischen Wachstumspfad notwendig, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken.

5. Die mittel- und langfristigen makroökonomischen Auswirkungen der Steuerreform¹

In diesem Sonderkapitel der Prognose wird eine Abschätzung der makroökonomischen Auswirkungen der Steuerreform in mittlerer bis längerer Frist präsentiert. Diese erfolgt durch eine Simulation mit dem dynamischen Gleichgewichtsmodell TaxLab, welches die optimalen Verhaltensreaktionen von Haushalten (Arbeitsangebot, Konsumnachfrage) und Unternehmen (Arbeitsnachfrage, Investitionsentscheidung) modelliert. TaxLab wurde für die makroökonomische Beurteilung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und strukturellen Änderungen und deren Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft entwickelt und legt besonderes Augenmerk auf den öffentlichen Sektor und den Arbeitsmarkt. Aus diesem Grund wird es für die makroökonomische Bewertung der Steuerreform eingesetzt. Durch die mittel- bis längerfristige Betrachtung spielen die zeitlichen Verzögerungen der Reformmaßnahmen keine Rolle und der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den Gesamteffekten der Steuerreform, welche dementsprechend auch als komplett wirksam modelliert wird.

Das Volumen der Steuerreform beläuft sich auf 5.2 Mrd. Euro bzw. 1.5 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs macht mit 4.4 Mrd. Euro den größten Anteil aus. Ebenfalls berücksichtigt werden die Entlastungswirkungen durch die vorgesehene automatische Veranlagung, die Rückerstattung von Sozialversicherungsbeiträgen (Negativsteuer) und die erhöhten Kinderfreibeträge. Zur vollständigen Finanzierung der Reform ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Die Tarifreform und ein Teil der Maßnahmen zur Gegenfinanzierung (z.B. Mehrwertsteuererhöhung) können direkt ins Modell übernommen werden. Hinsichtlich einiger Aspekte der Gegenfinanzierung müssen jedoch Annahmen getroffen werden.

Konkret wurde folgendes Simulationsdesign umgesetzt. Der Großteil der Reformmaßnahmen kann in der Analyse vollständig berücksichtigt werden, und zwar die Tarifreform inklusive Negativsteuer, die außerordentliche Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage der Sozialversicherung, die Erhöhung der Familienbeihilfe und die Anhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes (von 10 % auf 13 %) für ausgewählte Bereiche (z.B. Hotelübernachtungen, Kinobesuche oder Tierfutter). Die Selbstfinanzierung der Reform ergibt sich endogen.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung (1.9 Mrd. Euro) werden folgendermaßen im Modell implementiert. Für die Registrierkassenpflicht und die geplante Eindämmung des Mehrwertsteuerbetrugs wird unterstellt, dass sich die zusätzlichen Steuerzahlungen gleichmäßig auf alle Unternehmen verteilen und somit durch eine Erhöhung des durchschnittlichen Mehrwertsteuersatzes modelliert werden können.

Die geplanten Einnahmen aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch vermehrte Bankauskünfte werden als Rückgang der Subventionen an Unternehmen modelliert. Zusätzliche negative Auswirkungen auf das Unternehmensverhalten und die Beschäftigung werden nicht unterstellt. Von den Einnahmen aus den weiteren Maßnahmen in diesem Bereich (etwa Bekämpfung des Sozialbe-

¹ Dieses Kapitel basiert auf Hofer, H., Davoine, T., Hye, R., Miess, M., Müllbacher, S., Poyntner, P., Ex Ante Evaluation der Steuerreform 2015/2016 Wirkungen auf Einkommensverteilung, Arbeitsangebot und makroökonomische Größen. Studie im Rahmen des Rahmenvertrages mit dem Bundesministerium für Finanzen, IHS, Juni 2015.

trugs, der als Pauschalsteuer für die privaten Haushalte modelliert wird) wird ebenfalls von keinen zusätzlichen negativen Auswirkungen ausgegangen.

Die Maßnahmen hinsichtlich der steuerlichen Behandlung von Dienstwagen und Gebäudeabschreibungen (450 Mio. Euro) betreffen nur die Unternehmen (Kürzung der Subventionen) und haben keine Auswirkungen auf die privaten Haushalte.

Weiters wird unterstellt, dass die geplanten Einsparungen im Rahmen einer Verwaltungsreform bzw. durch die Kürzungen von Förderungen (1.1 Mrd. Euro) mit Effizienzgewinnen verbunden sind und somit keine negativen Auswirkungen auf das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft ausgehen.

Im Hinblick auf das Solidaritätspaket (400 Mio. Euro) wird angenommen, dass die durch die Änderungen bei der KEST, der Immobilienertragsteuer und der Grunderwerbsteuer induzierten staatlichen Einnahmen das Einkommen der Haushalte reduzieren, jedoch keine zusätzlichen Verzerrungen, etwa beim Arbeitsangebot der privaten Haushalte, auslösen (Pauschalsteuer). Die befristete Anhebung des Spitzensteuersatzes und die verminderte Absetzbarkeit bei den Sonderausgaben konnten im Modell nicht berücksichtigt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die mittel- und langfristigen Wirkungen der Steuerreform auf ausgewählte makroökonomische Aggregate. Dabei werden die Veränderungen von makroökonomischen Indikatoren gegenüber einem Basisszenario ohne Steuerreform dargestellt. In den Berechnungen werden die mittel- und langfristigen makroökonomischen Wirkungen der Steuerreform quantifiziert. Konjunkturelle Schwankungen bleiben dabei völlig ausgeblendet.

Von der Reform gehen zwei gegenläufige Effekte aus. Die Tarifentlastung erhöht aufgrund der geringeren Steuerbelastung des Faktors Arbeit die Arbeitsanreize und generiert über die erhöhte Beschäftigung zusätzliche Nachfrage. Hingegen dämpfen die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung die Nachfrage der privaten Haushalte und Unternehmen. In der Simulation dominiert der erste Effekt. Das BIP liegt mittelfristig um $\frac{2}{3}$ % und langfristig um 1 % über der Basislösung. Die Reduktion der Belastung durch die Lohn- und Einkommensteuer generiert positive Auswirkungen am Arbeitsmarkt. Der Steuerkeil, d.h. der Unterschied zwischen Arbeitskosten und Nettoarbeitseinkommen, wird deutlich reduziert. Im Modell wird das zusätzliche Einkommen zwischen Arbeitnehmern und -gebern in einem Verhandlungsprozess aufgeteilt. Langfristig steigen die Nettolöhne im Schnitt um 3.5 % und die Arbeitskosten (Bruttolöhne) gehen um 0.3 % zurück. Aufgrund der Lohnerhöhung weitet sich das Arbeitskräfteangebot aus. Für die Unternehmen wird es attraktiver, mehr offene Stellen anzubieten. Langfristig ist das Arbeitsvolumen um 0.9 % höher, und rund 29,000 neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Die Arbeitslosenquote sinkt um 0.3 Prozentpunkte.

Die geringeren Arbeitskosten für die Unternehmen und die höhere private Nachfrage induzieren zusätzliche Investitionen. Langfristig liegen die Investitionen und der Kapitalstock der Volkswirtschaft um 0.9 % über dem Basisszenario. Damit der höhere Kapitalstock aufgebaut werden kann, steigt kurzfristig die Investitionsnachfrage überproportional an. Im neuen Gleichgewicht wachsen Investitionen und Kapitalstock mit der gleichen Rate.

Makroökonomische Auswirkungen der Steuerreform

	Mittelfristig	Langfristig
Makroökonomische Aggregate (Veränderung in %)		
BIP	0.65	0.99
Kapitalstock	0.38	0.87
Investitionen	1.23	0.87
Privater Konsum	0.93	2.29
Arbeitsmarkt (Veränderung in %)		
Arbeitskosten	-0.61	-0.33
Nettolöhne	3.20	3.49
Arbeitsvolumen	0.85	0.93
Arbeitsplätze (in Köpfen)	26,822	29,209
- niedrig qualifiziert	4,137	4,451
- mittel qualifiziert	18,492	19,874
- hoch qualifiziert	4,027	4,729
Arbeitslosenquote (in Prozentpunkten)	-0.27	-0.30
Öffentliche Finanzen (Veränderung in % des Basis-BIP)		
Sozialversicherungsbeiträge	0.06	0.13
Mehrwertsteuereinnahmen	0.46	0.59
Budgetdefizit (Maastricht)	-0.08	0.10

Anmerkung: Abweichungen von der Basislösung ohne Steuerreform.

Quelle: Hofer et al. 2015.

Die höheren Einkommen der privaten Haushalte führen auch zu mehr Konsum. Mittelfristig beträgt der Anstieg rund 1 % und erhöht sich langfristig auf 2.3 %. Im Modell hängt der Konsum vom Lebenseinkommen der Haushalte ab. Die langsame Steigerung des Konsums erklärt sich aufgrund der demografischen Struktur.

Die steigende Beschäftigung und der höhere Konsum finanzieren einen Teil der Steuerreform. Aufgrund der höheren Löhne und der Beschäftigungsausweitung liegen die Sozialversicherungsbeiträge langfristig um 0.13 % des BIP über dem Basisszenario. Mittelfristig ergibt sich aber noch ein Netto-defizit von 0.1 % des BIP. Die weiter ansteigende Wirtschaftsleistung und insbesondere der höhere Konsum führen zu zusätzlichen Staatseinnahmen, sodass die Steuerreform langfristig vollständig finanziert ist und sogar ein geringer fiskalischer Nettoüberschuss im Ausmaß von 0.1 % des BIP entsteht.

Bei obigen Berechnungen wird davon ausgegangen, dass ein wesentlicher Teil der Einsparungsziele (Verwaltungsreform, Teile der Betrugsbekämpfung) durch effizienzsteigernde Maßnahmen ohne negative gesamtwirtschaftliche Folgen erreicht wird. Um die Robustheit der Ergebnisse zu untersuchen, wurden Simulationen mit Alternativannahmen über die Gegenfinanzierung gerechnet. Trifft man etwa die Annahme, dass die Maßnahmen der Verwaltungsreform mit einer Verringerung der Produktivität des öffentlichen Kapitalstocks verbunden sind, dann halbiert sich der positive Wachs-

tumseffekt (0.5 %). In einem weiteren Szenario erfolgt die gesamte Gegenfinanzierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dies ist als Gedankenexperiment zu verstehen, bei dem angenommen wird, dass die tatsächliche Gegenfinanzierung die gleichen makroökonomischen Wirkungen wie eine Erhöhung der indirekten Steuern auslöst. Auch in diesem Fall ist mit deutlich geringeren Effekten zu rechnen. Um die Staatsschuldenquote konstant zu halten, müsste der Mehrwertsteuersatz um 2.8 Prozentpunkte angehoben werden. Dann würde das Bruttoinlandsprodukt um 0.4 % steigen und es könnten maximal 10,000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die vorliegenden Modellsimulationen dokumentieren die positiven Wirkungen der Verringerungen der Verzerrungen am Arbeitsmarkt durch die Senkung des Steuerkeils beim Produktionsfaktor Arbeit. Die Reform stimuliert Arbeitsangebot und -nachfrage und stärkt das Wirtschaftswachstum. Eine Gegenfinanzierung ist aber auf jeden Fall notwendig, um die langfristige Solvenz des öffentlichen Haushalts sicherzustellen. Bei der Implementierung dieser Maßnahmen ist aber darauf Bedacht zu nehmen, dass sie möglichst wachstumsschonend (d.h. ohne negative Rückwirkungen auf die langfristige Produktivitätsentwicklung) ausfällt.

6. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen liegen weiterhin in vielen Ländern auf historisch niedrigen Niveaus. Zuletzt hat die EZB den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im September des Vorjahres auf 0.05 % gesenkt. Dies ist das niedrigste Niveau seit Einführung des Euro. Seit Herbst 2008 wurden die Leitzinsen im Euroraum kontinuierlich zurückgenommen – mit einer kurzen Unterbrechung 2011, als die EZB die Leitzinsen zwei Mal erhöhte. Auch in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in Japan liegen die Leitzinsen gegenwärtig faktisch bei null, in der Schweiz ist das Zielband für den Dreimonats-Libor im Jänner dieses Jahres vollkommen in den negativen Bereich gerutscht, der mittlere Zielsatz beträgt dort momentan -0.75 %.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2010	1	0 bis 0.25	0.5	0 bis 0.75	0.1
Ende 2011	1	0 bis 0.25	0.5	0 bis 0.25	0.1
Ende 2012	0.75	0 bis 0.25	0.5	0 bis 0.25	0.1
Ende 2013	0.25	0 bis 0.25	0.5	0 bis 0.25	0.1
Ende 2014	0.05	0 bis 0.25	0.5	-0.75 bis 0.25	0.1
Durchschnitt 2010-2014	0.77	0.10	0.50	0.08	0.10
20.7.2015	0.05	0 bis 0.25	0.5	-1.25 bis -0.25	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Anmerkung: Bei den Zins-Zielbändern wird für den US-Dollar ein Wert von 0.1 % für den Zielsatz „nahe bei null“ verwendet, für den Schweizer Franken werden die angestrebten (mittleren) Zielsätze verwendet.

Gleichzeitig mit der Senkung des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden im Herbst 2014 im Euroraum auch die Zinssätze für Spitzenrefinanzierungsfazilität und Einlagefazilität gesenkt. Letzterer ist damit mit einem Wert von -0.20 % noch stärker in den negativen Bereich gerückt. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (neben der Mindestreserve) bei der EZB anlegen.

Die EZB hat im Jänner ihr bestehendes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten ausgeweitet, sodass neben Asset-Backed Securities und gedeckten Schuldverschreibungen auch auf Euro lautende Investment-Grade-Wertpapiere des öffentlichen Sektors am Sekundärmarkt angekauft werden können (*Quantitative Easing*). Wertpapierkäufe im Rahmen des erweiterten Programms im Umfang von monatlich 60 Mrd. Euro sollen vorerst bis September 2016 erfolgen, wobei das Volumen entsprechend dem Kapitalschlüssel der EZB auf die Länder verteilt wird. Das Programm soll das Vertrauen der Marktteilnehmer stärken und die Inflationserwartungen stützen sowie über sinkende Staatsanleiherenditen eine generelle Lockerung der Finanzierungsbedingungen erzielen. Insbesondere soll damit den Risiken einer zu lange andauernden Periode niedriger Inflation entgegen gewirkt werden.

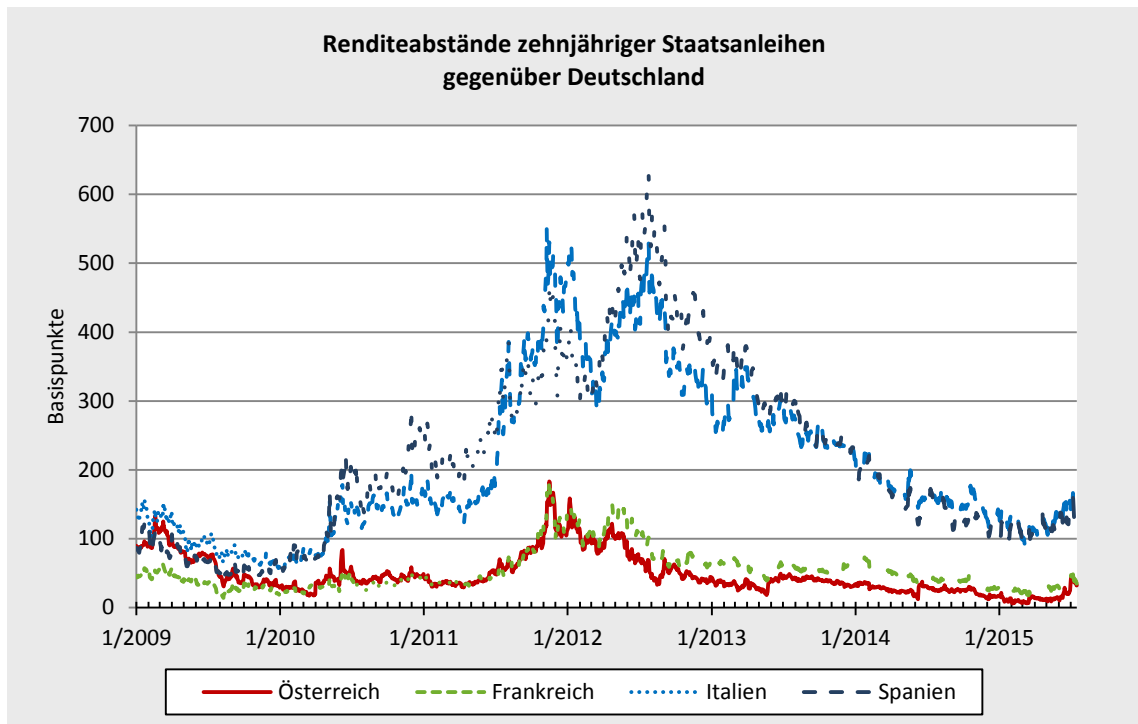
Infolge der geldpolitischen Maßnahmen der EZB ist die Liquidität auf den Märkten gestiegen. Dies zeigt sich auch in sinkenden Euro-Geldmarktsätzen. Der Zinssatz mit einer Fristigkeit von 3 Monaten

ist Ende April dieses Jahres in den negativen Bereich gerutscht und wurde zuletzt bei -0.02 % quotiert. In der ersten Jahreshälfte 2015 betrug der 3-Monats-Euribor durchschnittlich 0.02 %, nach 0.21 % im vergangenen Jahr und 0.64 % im Durchschnitt 2010 bis 2014.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage im Euroraum erwartet das Institut 2015 und 2016 keine Zinsschritte der EZB. Das primäre Ziel der geldpolitischen Strategie der EZB ist die Erhaltung der Preisstabilität im Euroraum, wobei mittelfristig ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum von knapp 2 % angepeilt wird. Derzeit liegt die Inflation in allen Ländern des Euroraums deutlich unter dieser Zielmarke. Einige Länder verzeichnen sogar, zum Teil seit geraumer Zeit, negative Inflationsraten. In Griechenland sinken die Preise beispielsweise seit März 2013. Im Zeitraum 2010 bis 2014 lag die durchschnittliche Inflation im Euroraum mit 1.7 % etwas unterhalb des EZB-Referenzwertes. Von Dezember 2011 bis Jänner 2015 ist der Preisauftrieb im Euroraum tendenziell zurückgegangen. Seit Februar dieses Jahres steigt die Inflation aber wieder und liegt seit April im positiven Bereich. Das Institut geht davon aus, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Euroraum ab 2017 anheben wird. Basierend auf dieser Annahme wird für den Zeitraum 2015 bis 2019 ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 0.6 % erwartet.

Der Aufschlag österreichischer Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren gegenüber deutschen Bundesanleihen der gleichen Laufzeit betrug in der ersten Jahreshälfte 2015 durchschnittlich 13 Basispunkte. Damit ist dieser Spread weit von seinem Maximum im November 2011 (183 Basispunkte) entfernt. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 2.4 % auf, in der ersten Jahreshälfte 2015 rentierten sie bei durchschnittlich 0.6 %. Das Institut erwartet einen leichten Anstieg der langfristigen Renditen in Österreich. Für den Prognosezeitraum 2015 bis 2019 wird eine durchschnittliche Rendite von 1.7 % prognostiziert.

Mit Ausnahme Griechenlands hat die Konsolidierung der Staatshaushalte in den europäischen Krisenländern gute Fortschritte gemacht, und damit hat sich auch das Vertrauen der Märkte in die Erfüllung der Verbindlichkeiten dieser Länder gefestigt. Die Renditen der jeweiligen Staatsanleihen liegen derzeit auf vergleichsweise moderaten Niveaus, seit April sind die Risikoaufschläge zu Deutschland allerdings wieder etwas gestiegen (siehe Grafik). Die Unsicherheit in Bezug auf die politischen Spannungen in Griechenland und insbesondere die Beschließung und Umsetzung von Strukturreformen sowie den Zugang zu Finanzmitteln hält weiter an.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.468 0.7%	315.066 1.8%	321.200 1.9%	326.627 1.7%	332.096 1.7%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	336.848 2.3%	349.382 3.7%	362.408 3.7%	375.113 3.5%	387.909 3.4%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	108.847 1.6%	110.892 1.9%	112.829 1.7%	114.844 1.8%	116.806 1.7%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	105.800 2.4%	107.900 2.0%	109.700 1.7%	111.016 1.2%	113.237 2.0%	115.615 2.1%	117.927 2.0%	120.168 1.9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	44.605 2.7%	45.566 2.2%	46.431 1.9%	47.243 1.8%	48.046 1.7%	49.007 2.0%	50.110 2.3%	51.363 2.5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3442.854 0.8%	3480.725 1.1%	3519.013 1.1%	3545.406 0.8%	3571.996 0.8%
ARBEITLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.108 -0.003	9.009 -0.099	8.900 -0.108	8.777 -0.123

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
PRIVATER KONSUM	160.999 0.6%	161.106 0.1%	161.183 0.0%	162.398 0.8%	165.191 1.7%	167.704 1.5%	169.845 1.3%	171.999 1.3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.301 0.5%	61.454 0.2%	61.761 0.5%	62.070 0.5%	62.536 0.8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	68.938 1.3%	68.752 -0.3%	68.612 -0.2%	68.542 -0.1%	69.944 2.0%	72.274 3.3%	73.843 2.2%	75.349 2.0%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	3.958 1.3	2.678 0.9	1.363 0.4	1.663 0.5	2.163 0.7	2.663 0.8	2.913 0.9	3.413 1.0
INLANDSNACHFRAGE	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	295.219 0.6%	300.078 1.6%	305.754 1.9%	310.037 1.4%	314.673 1.5%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11.060 3.6	12.357 4.0	13.788 4.5	14.249 4.6	14.988 4.8	15.446 4.8	16.590 5.1	17.423 5.2
BIP ZU MARKTPREISEN	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.468 0.7%	315.066 1.8%	321.200 1.9%	326.627 1.7%	332.096 1.7%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
PRIVATER KONSUM	0.299	0.035	0.025	0.395	0.902	0.798	0.667	0.659
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.030	0.113	0.164	0.099	0.050	0.098	0.096	0.143
BRUTTOINVESTITIONEN	-0.082	-0.519	-0.364	0.080	0.620	0.907	0.572	0.619
ANLAGEINVESTITIONEN	0.294	-0.061	-0.046	-0.023	0.453	0.740	0.489	0.461
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0.277	-0.420	-0.430	0.098	0.162	0.159	0.078	0.153
EXPORTE I.W.S.	0.870	0.432	1.125	1.574	2.791	3.121	2.878	2.832
WAREN	0.470	-0.101	0.781	1.186	2.224	2.472	2.285	2.253
Dienstleistungen	0.397	0.522	0.341	0.391	0.584	0.667	0.610	0.599
IMPORTE I.W.S.	-0.539	-0.007	-0.658	-1.425	-2.553	-2.975	-2.522	-2.577
WAREN	-0.009	0.760	-0.230	-1.046	-2.038	-2.375	-1.980	-2.018
Dienstleistungen	-0.541	-0.785	-0.425	-0.378	-0.524	-0.612	-0.549	-0.566
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0.757	0.321	0.353	0.720	1.809	1.947	1.689	1.674

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
HAUSHALTSSPARQUOTE	9.0	7.3	7.6	7.8	9.0	9.1	9.4	9.7
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1.2	-1.8	0.3	0.3	1.1	0.1	0.3	0.3
INVESTITIONSQUOTE	22.7	22.5	22.4	22.1	22.1	22.4	22.4	22.5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.2	-0.2	-0.1	-0.3	0.0	0.3	0.1	0.0
REALZINSSATZ	0.33	0.48	-0.15	-0.67	-0.65	-0.05	0.41	0.99
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1.06	0.15	-0.63	-0.52	0.02	0.60	0.46	0.58
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	116.34 2.6%	118.80 2.1%	120.54 1.5%	121.87 1.1%	124.30 2.0%	126.91 2.1%	129.45 2.0%	131.91 1.9%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	42.220 0.4%	42.222 0.0%	42.155 -0.2%	42.427 0.6%	42.260 -0.4%	42.219 -0.1%	42.364 0.3%	42.613 0.6%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9.055 -0.7%	9.027 -0.3%	8.996 -0.3%	8.989 -0.1%	9.052 0.7%	9.128 0.8%	9.213 0.9%	9.297 0.9%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	116.907 3.4%	119.792 2.5%	122.489 2.3%	124.732 1.8%	125.969 1.0%	127.421 1.2%	129.085 1.3%	131.109 1.6%
ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	4.9 0.3	5.4 0.5	5.6 0.2	5.8 0.2	5.8 0.0	5.7 -0.1	5.6 -0.1	5.5 -0.1
BUDGETSALDO MAASTRICHT IN PROZENT DES BIP <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2.2 0.4	-1.3 0.9	-2.4 -1.1	-1.7 0.7	-2.0 -0.3	-1.5 0.5	-1.1 0.4	-0.5 0.6

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	164.306 2.8%	167.779 2.1%	171.198 2.0%	174.293 1.8%	180.978 3.8%	187.551 3.6%	193.503 3.2%	199.644 3.2%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.751 6.2%	5.935 3.2%	6.146 3.5%	6.409 4.3%	6.701 4.6%	6.979 4.1%	7.261 4.0%	7.535 3.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	62.661 2.6%	63.851 1.9%	65.586 2.7%	66.738 1.8%	67.908 1.8%	68.930 1.5%	70.591 2.4%	72.543 2.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	76.113 2.0%	75.106 -1.3%	74.940 -0.2%	76.038 1.5%	79.193 4.1%	83.630 5.6%	87.022 4.1%	90.499 4.0%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	37.578 2.2%	38.422 2.2%	39.005 1.5%	39.454 1.2%	41.046 4.0%	43.536 6.1%	45.360 4.2%	47.075 3.8%
BAUINVESTITIONEN	34.287 5.0%	34.215 -0.2%	34.624 1.2%	34.968 1.0%	36.025 3.0%	37.480 4.0%	38.803 3.5%	40.074 3.3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.000	0.491 0.491	-0.938 -1.429	-0.945 -0.007	-0.960 -0.015	-0.976 -0.016	-0.992 -0.016	-1.008 -0.016
INLANDSNACHFRAGE	308.831 2.7%	313.162 1.4%	316.932 1.2%	322.533 1.8%	333.821 3.5%	346.113 3.7%	357.385 3.3%	369.214 3.3%
EXPORTE I.W.S.	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	182.493 4.1%	194.804 6.7%	209.111 7.3%	222.387 6.3%	235.546 5.9%
IMPORTE I.W.S.	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	168.178 3.2%	179.243 6.6%	192.816 7.6%	204.659 6.1%	216.851 6.0%
BIP ZU MARKTPREISEN	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	336.848 2.3%	349.382 3.7%	362.408 3.7%	375.113 3.5%	387.909 3.4%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	155.520 0.5%	155.467 0.0%	155.435 0.0%	156.523 0.7%	159.183 1.7%	161.571 1.5%	163.591 1.3%	165.636 1.3%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.482 2.8%	5.641 2.9%	5.754 2.0%	5.884 2.3%	6.016 2.3%	6.143 2.1%	6.266 2.0%	6.375 1.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.148 0.2%	60.495 0.6%	60.996 0.8%	61.301 0.5%	61.454 0.3%	61.761 0.5%	62.070 0.5%	62.536 0.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	72.599 -0.3%	71.016 -2.2%	69.902 -1.6%	70.146 0.4%	72.064 2.7%	74.923 4.0%	76.760 2.5%	78.781 2.6%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	36.536 0.5%	37.063 1.4%	37.257 0.5%	37.351 0.3%	38.378 2.8%	40.105 4.5%	41.208 2.8%	42.238 2.5%
BAUINVESTITIONEN	32.397 2.2%	31.701 -2.1%	31.378 -1.0%	31.221 -0.5%	31.611 1.3%	32.244 2.0%	32.727 1.5%	33.218 1.5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.386 0.539	1.199 0.813	1.382 0.183	1.366 -0.017	1.361 -0.005	1.356 -0.005	1.351 -0.005	1.346 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	294.132 0.4%	293.801 -0.1%	293.498 -0.1%	295.219 0.6%	300.078 1.6%	305.754 1.9%	310.037 1.4%	314.673 1.5%
EXPORTE I.W.S.	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	171.482 2.9%	180.120 5.0%	189.953 5.5%	199.196 4.9%	208.447 4.6%
IMPORTE I.W.S.	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	157.233 2.9%	165.133 5.0%	174.507 5.7%	182.606 4.6%	191.024 4.6%
BIP ZU MARKTPREISEN	305.195 0.8%	306.175 0.3%	307.257 0.4%	309.468 0.7%	315.066 1.8%	321.200 1.9%	326.627 1.7%	332.096 1.7%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	105.650 2.3%	107.919 2.1%	110.142 2.1%	111.353 1.1%	113.692 2.1%	116.079 2.1%	118.285 1.9%	120.532 1.9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	104.177 2.5%	105.548 1.3%	107.525 1.9%	108.869 1.3%	110.502 1.5%	111.607 1.0%	113.727 1.9%	116.002 2.0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	104.246 2.2%	105.652 1.3%	107.312 1.6%	108.579 1.2%	110.190 1.5%	112.097 1.7%	113.975 1.7%	115.661 1.5%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	102.853 1.7%	103.667 0.8%	104.690 1.0%	105.632 0.9%	106.952 1.3%	108.557 1.5%	110.076 1.4%	111.452 1.3%
BAUINVESTITIONEN	105.835 2.7%	107.932 2.0%	110.346 2.2%	112.002 1.5%	113.962 1.8%	116.241 2.0%	118.566 2.0%	120.641 1.8%
INLANDSNACHFRAGE	104.998 2.2%	106.590 1.5%	107.984 1.3%	109.252 1.2%	111.244 1.8%	113.200 1.8%	115.272 1.8%	117.333 1.8%
EXPORTE I.W.S.	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.421 1.1%	108.152 1.6%	110.086 1.8%	111.642 1.4%	113.001 1.2%
IMPORTE I.W.S.	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.961 0.3%	108.545 1.5%	110.492 1.8%	112.076 1.4%	113.520 1.3%
BIP ZU MARKTPREISEN	103.886 2.0%	105.455 1.5%	107.173 1.6%	108.847 1.6%	110.892 1.9%	112.829 1.7%	114.844 1.8%	116.806 1.7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
WARENEXPORTE	124.971 2.2%	123.346 -1.3%	124.771 1.2%	129.156 3.5%	137.963 6.8%	148.295 7.5%	157.797 6.4%	167.178 5.9%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	32.183 6.0%	34.680 7.8%	36.489 5.2%	38.900 6.6%	41.968 7.9%	45.494 8.4%	48.843 7.4%	52.186 6.8%
REISEVERKEHR	13.445 3.9%	13.851 3.0%	14.084 1.7%	14.437 2.5%	14.873 3.0%	15.323 3.0%	15.747 2.8%	16.182 2.8%
EXPORTE I.W.S.	170.599 3.0%	171.877 0.7%	175.344 2.0%	182.493 4.1%	194.804 6.7%	209.111 7.3%	222.387 6.3%	235.546 5.9%
WARENIMPORTE	128.094 1.7%	124.445 -2.8%	123.103 -1.1%	125.855 2.2%	133.920 6.4%	143.976 7.5%	152.474 5.9%	161.077 5.6%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	27.503 9.0%	30.976 12.6%	32.756 5.7%	35.004 6.9%	37.765 7.9%	41.035 8.7%	44.164 7.6%	47.531 7.6%
REISEVERKEHR	6.777 1.5%	6.739 -0.6%	7.122 5.7%	7.319 2.8%	7.558 3.3%	7.806 3.3%	8.021 2.8%	8.243 2.8%
IMPORTE I.W.S.	162.374 2.9%	162.161 -0.1%	162.980 0.5%	168.178 3.2%	179.243 6.6%	192.816 7.6%	204.659 6.1%	216.851 6.0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
WARENEXPORTE	119.414 1.2%	119.104 -0.3%	121.497 2.0%	125.142 3.0%	132.024 5.5%	139.814 5.9%	147.154 5.3%	154.512 5.0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	29.990 3.9%	31.448 4.9%	32.494 3.3%	33.632 3.5%	35.313 5.0%	37.256 5.5%	39.118 5.0%	40.976 4.8%
REISEVERKEHR	12.470 0.7%	12.607 1.1%	12.604 0.0%	12.667 0.5%	12.794 1.0%	12.954 1.3%	13.051 0.8%	13.149 0.8%
EXPORTE I.W.S.	161.882 1.7%	163.200 0.8%	166.645 2.1%	171.482 2.9%	180.120 5.0%	189.953 5.5%	199.196 4.9%	208.447 4.6%
WARENIMPORTE	118.514 0.0%	116.195 -2.0%	116.900 0.6%	120.114 2.8%	126.420 5.3%	133.904 5.9%	140.265 4.8%	146.857 4.7%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	26.032 6.9%	28.622 10.0%	29.751 3.9%	30.867 3.8%	32.410 5.0%	34.274 5.8%	35.987 5.0%	37.787 5.0%
REISEVERKEHR	6.311 -0.6%	6.117 -3.1%	6.288 2.8%	6.335 0.8%	6.415 1.3%	6.479 1.0%	6.527 0.8%	6.576 0.8%
IMPORTE I.W.S.	150.822 1.1%	150.843 0.0%	152.856 1.3%	157.233 2.9%	165.133 5.0%	174.507 5.7%	182.606 4.6%	191.024 4.6%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
WARENEXPORTE	104.654 0.9%	103.561 -1.0%	102.695 -0.8%	103.208 0.5%	104.498 1.3%	106.066 1.5%	107.233 1.1%	108.198 0.9%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	107.313 2.0%	110.276 2.8%	112.295 1.8%	115.664 3.0%	118.844 2.8%	122.113 2.8%	124.860 2.3%	127.357 2.0%
REISEVERKEHR	107.813 3.1%	109.873 1.9%	111.740 1.7%	113.975 2.0%	116.255 2.0%	118.289 1.8%	120.655 2.0%	123.068 2.0%
EXPORTE I.W.S.	105.384 1.3%	105.317 -0.1%	105.220 -0.1%	106.421 1.1%	108.152 1.6%	110.086 1.8%	111.642 1.4%	113.001 1.2%
WARENIMPORTE	108.083 1.7%	107.100 -0.9%	105.306 -1.7%	104.780 -0.5%	105.932 1.1%	107.521 1.5%	108.704 1.1%	109.682 0.9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105.652 2.0%	108.225 2.4%	110.101 1.7%	113.404 3.0%	116.523 2.8%	119.727 2.8%	122.720 2.5%	125.788 2.5%
REISEVERKEHR	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	115.520 2.0%	117.831 2.0%	120.482 2.3%	122.892 2.0%	125.349 2.0%
IMPORTE I.W.S.	107.659 1.7%	107.503 -0.1%	106.623 -0.8%	106.961 0.3%	108.545 1.5%	110.492 1.8%	112.076 1.4%	113.520 1.3%
TERMS OF TRADE, GESAMT	97.887 -0.4%	97.966 0.1%	98.684 0.7%	99.495 0.8%	99.638 0.1%	99.632 0.0%	99.612 0.0%	99.542 -0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.520 0.9%	98.500 1.0%	98.646 0.1%	98.646 0.0%	98.646 0.0%	98.646 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
IMPORTQUOTE, GESAMT	51.213	50.224	49.494	49.927	51.303	53.204	54.559	55.903
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.061	-0.990	-0.730	0.433	1.376	1.901	1.355	1.343
IMPORTQUOTE, GÜTER	40.401	38.542	37.384	37.363	38.331	39.727	40.647	41.524
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.412	-1.859	-1.159	-0.021	0.968	1.397	0.920	0.877
EXPORTQUOTE, GESAMT	53.807	53.233	53.248	54.177	55.757	57.700	59.285	60.722
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.135	-0.574	0.016	0.928	1.580	1.944	1.585	1.437
EXPORTQUOTE, GÜTER	39.416	38.202	37.890	38.343	39.488	40.919	42.067	43.097
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.220	-1.214	-0.312	0.452	1.145	1.431	1.147	1.031

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5501.072 0.5%	5523.049 0.4%	5538.729 0.3%	5549.249 0.2%	5556.543 0.1%	5560.310 0.1%
ERWERBSQUOTE	76.792 1.1%	77.361 0.7%	77.991 0.8%	78.825 1.1%	79.480 0.8%	80.139 0.8%	80.580 0.6%	81.064 0.6%
ERWERBSPERSONEN	4182.897 1.5%	4233.703 1.2%	4290.335 1.3%	4353.566 1.5%	4402.163 1.1%	4447.131 1.0%	4477.468 0.7%	4507.386 0.7%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3598.964 0.4%	3610.208 0.3%	3620.719 0.3%	3642.098 0.6%	3656.901 0.4%	3670.196 0.4%	3669.455 0.0%	3667.053 -0.1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	711.467 6.3%	745.262 4.8%	776.936 4.3%	808.013 4.0%	840.334 4.0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	456.800 0.6%	463.500 1.5%	467.579 0.9%	471.086 0.8%	478.152 1.5%	485.324 1.5%	491.391 1.3%	497.533 1.3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3882.480 1.6%	3924.011 1.1%	3961.807 1.0%	3986.077 0.6%	4009.853 0.6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3442.854 0.8%	3480.725 1.1%	3519.013 1.1%	3545.406 0.8%	3571.996 0.8%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	85.894 -2.3%	85.894 0.0%	85.894 0.0%	85.894 0.0%	85.894 0.0%
ARBEITSLOSE	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	353.733 10.8%	357.392 1.0%	356.900 -0.1%	354.778 -0.6%	351.963 -0.8%
ARBEITSLSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.108 -0.003	9.009 -0.099	8.900 -0.108	8.777 -0.123

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	150.342 4.2%	154.547 2.8%	158.586 2.6%	162.652 2.6%	167.236 2.8%	172.457 3.1%	177.660 3.0%	183.468 3.3%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	126.349 0.6%	127.243 0.7%	128.807 1.2%	131.372 2.0%	136.965 4.3%	143.302 4.6%	149.404 4.3%	155.072 3.8%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	40.365 4.5%	41.088 1.8%	41.903 2.0%	42.825 2.2%	45.180 5.5%	46.649 3.3%	48.048 3.0%	49.369 2.8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	317.056 2.7%	322.878 1.8%	329.296 2.0%	336.848 2.3%	349.382 3.7%	362.408 3.7%	375.113 3.5%	387.909 3.4%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0.323 -69.1%	0.931 188.6%	-2.095 -324.9%	-2.136 2.0%	-2.179 2.0%	-2.223 2.0%	-2.267 2.0%	-2.313 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	55.712 4.2%	57.346 2.9%	59.062 3.0%	60.952 3.2%	62.902 3.2%	64.852 3.1%	66.798 3.0%	68.802 3.0%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	261.667 2.1%	266.464 1.8%	268.139 0.6%	273.760 2.1%	284.300 3.9%	295.333 3.9%	306.047 3.6%	316.795 3.5%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3.257 7.9%	-3.884 19.3%	-3.598 -7.4%	-3.670 2.0%	-3.743 2.0%	-3.818 2.0%	-3.894 2.0%	-3.972 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	258.410 2.1%	262.580 1.6%	264.541 0.7%	270.090 2.1%	280.557 3.9%	291.515 3.9%	302.153 3.6%	312.822 3.5%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,
Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: **Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2019: Vertrauen in den
Wirtschaftsstandort stärken**

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast **88**

Redaktion: Isabella Andrej

© 2015 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
